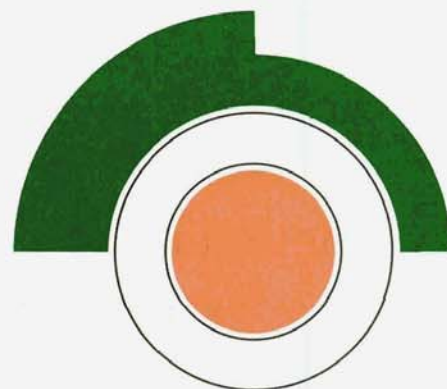


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 15



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 25. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 13. 9. 1994

WORT UND WIDERWORT

Kommen die Landesmedienanstalten ihrem Kontrollauftrag nach?

Die Landesgesetzgeber müßten sich auf einen einheitlichen Standard für Lizenzierung und Kontrolle bundesweit verbreiteten Rundfunks einigen. Man brauche eine durch Länderstaatsvertrag begründete Lizenzbehörde ähnlich der amerikanischen FCC. Offenlegungs- und Publizitätspflichten der Rundfunkveranstalter gegenüber dieser Behörde müßten sich auch auf Beteiligungen in verwandten Märkten beziehen. Zudem sollten der neuen Länderanstalt Einsichtsrechte wie den Kartellämtern eingeräumt werden. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Jürgen Büssow**. Die CDU-Abgeordnete **Ruth Hieronymi** betont, seit Januar 1993 fordere die CDU-Landtagsfraktion ausreichende und eindeutig definierte Kontrollbefugnisse für die Landesmedienanstalten und seit langem eine wirksame Konzentrationskontrolle nach dem Marktanteilsmodell. Die SPD blockiere bisher notwendige gesetzliche Änderungen. In der Konsequenz bestimmten standortpolitische Egoismen weitgehend die Praxis der Aufsichtsbehörden. Der F.D.P.-Abgeordnete **Dr. Achim Rohde** merkt an, solange Medienrecht über die Kulturhoheit der Länder definiert Landesrecht bleibe, versuchten 16 Landesmedienanstalten mehr schlecht als recht einen bundesweit operierenden Konzern zu kontrollieren. Das könne nicht gut gehen. Konzentrationsfragen seien auch kartellrechtliche Überlegungen und müßten daher dem Wirtschaftsrecht zugeordnet werden. Die GRÜNE-Abgeordnete **Bärbel Höhn** bekräftigt, die Landesmedienanstalten kämen in vielen Bereichen ihrem Kontrollauftrag nicht nach. Bestehende Beschränkungen griffen nicht. Die Erfahrungen zeigten, daß die Landesmedienanstalten als Kontrollinstanzen nicht in der Lage seien, den wachsenden Konzentrationsbestrebungen entgegenzuwirken. Es bedürfe deshalb neuer Regelungen. Dazu gehörten neue bundes- und europaweite Kontrollen und Gremien. (Seite 2)

Schulorganisation: Schulen an einem Standort

Gymnasien künftig dreizügig

Gymnasien sollen künftig bei ihrer Errichtung dreizügig, Gesamtschulen mindestens vierzügig sein. Das sieht das neue Schulorganisationsgesetz vor, das Kultusminister Hans Schwier (SPD) am vergangenen Mittwoch in seinen Grundzügen vor dem Landtag erläuterte.

Laut Schwier sieht das Gesetz ferner u. a. die Möglichkeit des Zusammenschlusses von Abendrealschulen, Abendgymnasien und Kollegs vor. Gemeinden im ländlichen Raum sollen zur gemeinschaftlichen Schulentwicklungsplanung verpflichtet werden können. Schulträger sind künftig verpflichtet, auf gleichmäßige Schülerverteilung auf die Schulen einer Schulform hinzuwirken. Festgelegt wird weiterhin, daß Schulen an einem Standort untergebracht sein müssen. Manfred Degen (SPD) sprach sich für die Anberaumung einer Anhörung zum Schulorganisationsgesetz aus. Dr. Hans Horn (CDU) beklagte, daß in der Schulentwicklungsplanung die gemeindliche Mitverantwortung erheblich zugunsten der Schulaufsichtsbehörde geschwächt werde. Andreas Reichel

(F.D.P.) fand die Möglichkeit der Zusammenfassung von Abendschulen mit Volkshochschulen schon vom Ansatz her nicht überzeugend.

Die Woche im Landtag

Haushalt 95

Die hohe Verschuldung hat die Opposition bei der ersten Lesung des neuen Haushalts 95 beklagt. Die SPD nannte den Etatentwurf „sparsam, aber gerecht“. (Seite 3)

Pflegeversicherung

Die Pflegeversicherung wird in Nordrhein-Westfalen am 1. April 1995 voll wirksam sein. Das ergab eine Aktuelle Stunde. (Seite 6)

Weiterbildung

Alle Fraktionen sind sich einig, daß die Weiterbildung als vierter Bereich des Bildungswesens an Bedeutung gewinnt. (Seite 7)

Türkeireise

Zur Verbesserung der Entscheidungsgrundlage von Eingaben hat sich eine Kommission des Petitionsausschusses in der Türkei umgesehen. (Seite 13)

Strukturreform

Ein Wissenschaftler hat im Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform den Begriff „Wirtschaftlichkeit“ analysiert, der nicht nur Gewinnstreben bedeute. (Seite 16)

Gesamtausgabe

Die Landesregierung will die Arbeiten an der Gesamtausgabe der Werke des Literaturnobelpreisträgers Heinrich Böll weiter unterstützen. (Seite 17)



Nix zu holen

Zeichnung: Frank Cerny (WAZ)

WORT UND WIDERWORT

Kontrollinstanzen wirken Konzentrationen zu wenig entgegen

Von
Jürgen Büssow

Die Landesmedienanstalten können ihre Aufsichtspflichten nur so gut erfüllen, wie das gesetzliche Regelwerk ihnen dazu Spielraum läßt. Die bisherige Regelung des Rundfunkstaatsvertrags führt zu einer Anzahl von Rechtsstreitigkeiten und zu Planungsunsicherheiten für die Veranstalter. Schlimmstenfalls werden die einzelnen Landesmedienanstalten von den Veranstaltern gegeneinander ausgespielt. Die Landesgesetzgeber müssen sich auf einen einheitlichen und verbindlichen Standard für Lizenzierung und Kontrolle bundesweit verbreiteten Rundfunks einigen. Wir brauchen eine durch Länderstaatsvertrag begründete Lizenzbehörde ähnlich der amerikanischen FCC. Offenlegungs- und Publizitätspflichten der Rundfunkveranstalter gegenüber dieser Behörde müßten sich auch auf Beteiligungen in verwandten Märkten, wie z. B. Produktions-

Von
Ruth Hieronymi

Er wolle keine „Laienspielschar“ mehr dirigieren, erklärte Hans Hege, Direktor der Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg, vor wenigen Wochen. Aus Protest gegen die Ohnmacht und Ineffizienz der Medienaufsicht kündigte er seinen Rücktritt als Vorsitzender der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten an. Die Landesmedienanstalten selbst sehen in ihren Weimarer Beschlüssen vom November 1993 (!) dringenden Regelungsbedarf, „um die Handlungsfähigkeit und Effektivität unserer föderalen Rundfunkordnung im Bereich der Landesmedienanstalten auch zukünftig zu gewährleisten.“ Seit Januar 1993 fordert die CDU-Landtagsfraktion ausreichende und eindeutig definierte Kontrollbefugnisse für die Landesmedienanstalten. Seit langem fordert die CDU eine wirksame Konzentrationskontrolle nach dem Marktanteilsmodell. Die SPD blockiert aber bisher notwendige gesetzliche Änderungen.

Von
Dr. Achim Rohde

Die nordrhein-westfälische Landesanstalt für Rundfunk hat nach dem Landesrundfunkgesetz in erster Linie die Aufgabe, die privaten Rundfunkveranstalter zu lizenzieren. Daneben gibt es auch noch einige Beratungszuständigkeiten. Oft werden die reinen Kontrollaufgaben gegenüber privaten Fernsehveranstaltern oder privaten Landesrundfunkveranstaltern bis zur schikanösen Piseligkeit wahrgenommen. Ob es nun um Werbeunterbrechungen beim Fernsehen oder das Zuschneiden von Sendegebieten beim lokalen Hörfunk ging. Nur in der viel wichtigeren Frage, wie kann eine Landesmedienanstalt die Konzentration von Medienmacht verhindern, bleiben die Waffen stumpf. Das liegt nicht an den Medienanstalten selbst, sondern ist systembedingt. Solange Medienrecht über die Kulturhoheit der Länder definiert Landesrecht bleibt, versuchen 16 Landesmedienanstalten mehr schlecht als recht einen bundesweit operierenden Konzern zu kontrollieren. Das kann nicht gutgehen. Im übrigen ist es unerträglich, daß

Von
Bärbel Höhn

Das Schreckensbild eines allmächtigen Medienkonzerns mit mehreren Fernsehsendern, dessen Besitzer in Italien die politische Macht ergreift, ist uns bisher in der Bundesrepublik noch erspart geblieben. Trotzdem ist die Entwicklung bedenklich: Konzentration im Medienbereich beeinträchtigt zunehmend die Informationsfreiheit. In Deutschland wird der Privatmediemarkt zunehmend von zwei Firmenkonsortien beherrscht: Einmal die Gruppe um Leo Kirch und Sohn (u. a.: SAT 1, PRO 7, DSF, Kabelkanal; Vertrieb von zirka 70 Prozent der Filmproduktionen; BILD, weitere Springerblätter) mit guten Verbindungen zur CDU, zum anderen Bertelsmann und die CLT-Gruppe (u. a.: RTL, RTL 2, VOX; Gruner & Jahr mit zahlreichen Zeitschriften), denen stärkere Verbindungen zur SPD nachgesagt werden. Wegen dieser Entwicklung fällt das Urteil über die Landesmedienan-

SPD: Die Landesmedienanstalten sollen Lizenzbehörde gründen

Rechte- und Pressemarkt, beziehen. Zudem sollten der neuen Länderanstalt Einsichts- und Untersuchungsrechte, wie sie den Kartellämtern in der Bundesrepublik Deutschland zustehen, eingeräumt werden.

Damit kein zusätzlicher Verwaltungsapparat entsteht, könnte die Länderanstalt mit Personal aus den bestehenden Anstalten besetzt werden. Die Kommission bzw. Versammlung, die auf Vorschlag des Direktors/der Direktorin die Lizenzen vergibt und die Programmkontrolle ausübt, sollte auf dem Delegationswege aus den einzelnen Landesmedienanstalten zusammengesetzt werden. In einem Verhältnis von 2/3 zu 1/3 könnten in ihr Vertreter der Länder- und Rundfunkkommissionen und die Leiter der Länderanstalten mit ihrem Fachwissen vertreten sein. Die Lizenzentscheidungen müßten in der gemeinsamen Länderanstalt mit einem Quorum von 2/3 gefaßt werden, um dem Gedanken des kooperativen Föderalismus gerecht zu werden. Die Länderanstalten blieben zuständig für die lokalen und regionalen Rundfunkveranstalter sowie die Rangfolgeentscheidungen bei der Einspeisung von Rundfunkprogrammen in Kabelanlagen.

CDU: SPD blockiert gesetzliche Änderungen

In der Konsequenz bestimmen standortpolitische Egoismen weitgehend die Praxis der Aufsichtsbehörde. Das spektakulärste Beispiel ist das Überlebensdrama um den in Nordrhein-Westfalen lizenzierten Fernsehsender VOX. Zwar haben binnen kurzer Zeit 75 Prozent der VOX-Anteile den Besitzer gewechselt. Zwar kann der nach der ursprünglichen Lizenz vorgeschriebene Informationsanteil von 50 Prozent mit den geplanten sechsten Serien nicht erfüllt werden. Doch der SPD-Landesregierung war jedes Mittel recht, um zu verhindern, daß VOX scheitert. Die Bedenken der anderen Lizenzgeber wurden von den SPD-Medienstrategen in NRW in den Wind geschlagen. Eine neue Ausschreibung der Lizenz für VOX wird mit allen Mitteln verhindert. Jüngstes Beispiel ist der Streit unter den Direktoren um die Zulassung von „RTL Super“. Die nordrhein-westfälische Landesmedienanstalt hatte dem geplanten Film- und Serienkanal ohne Abstimmung im Eilverfahren die Genehmigung erteilt. „Dreist und verantwortungslos“ verhalte sich die Anstalt, verlautete dazu aus der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten. Wer diesen Weg weitergeht, untergräbt die Existenzberechtigung der Landesmedienanstalten und die medienpolitische Kompetenz der deutschen Bundesländer.

F.D.P.: Mit Mitteln des Kartellrechts einschreiten

Medienrecht nur noch durch Ministerpräsidenten in Staatsverträgen bundeseinheitlich geregelt werden kann und die Länderparlamente zu Statisten degradiert werden. Schon deshalb brauchen wir ein Bundesrecht. Konzentrationsfragen sind auch kartellrechtliche Überlegungen und müssen daher auch dem Wirtschaftsrecht zugeordnet werden. Das Bundeskartellamt wäre viel besser geeignet, die Medienkonzentration zu beobachten und da, wo sich marktbeherrschende Stellungen ergeben, mit Mitteln des Kartellrechts einzuschreiten. Doch dagegen wehren sich die Länderfürsten, die sich durch ihr Landesrecht auch Einfluß sichern wollen. Das Verfahren, neue Gesellschafter bei VOX zu finden, sei da nur als ein Beispiel genannt. Damit wurde auch eine Tendenz unterstrichen, daß Staatskanzleien dazu neigen, die Zusammenarbeit mit bestimmten Medienkonzernen zu suchen und deren Marktstrategien den Weg zu ebnen. Das gilt nicht nur für Nordrhein-Westfalen. Nur mit dem Wirtschafts- und Kartellrecht kann eine sogenannte vertikale Konzentration (Verflechtung von Druckmedienverlagen mit Rundfunkprogrammveranstaltern) und auch eine horizontale Medienkonzentration (Verflechtung von Medienunternehmen gleichen Typs) auf den Prüfstand gestellt werden.

GRÜNE: Offenlegung der Verflechtungen

stalten nicht schwer. Sie kommen in vielen Bereichen ihrem Kontrollauftrag nicht nach. Bestehende Beschränkungen greifen nicht. Die Erfahrung zeigt, daß die Landesmedienanstalten als Kontrollinstanzen nicht in der Lage sind, den wachsenden Konzentrationsbestrebungen entgegenzuwirken. Den Medienanstalten gelingt es noch nicht einmal, die Betroffenen zur Offenlegung ihrer Unternehmensverflechtungen zu zwingen. Um das Recht auf Freiheit der Information zu gewährleisten, bedarf es deshalb neuer Regelungen. Dazu gehören neue bundes- und europaweite Kontrollen und Gremien, denn auf Landesebene allein ist den bundesweit und europaweit agierenden Medienkonzernen nicht beizukommen. Da die Medienkonzerne ihren Einfluß sowohl über die Printmedien (Zeitungen) als auch über elektronische Medien (Fernsehsender) ausüben und zusätzlich Programm- und Filmrechte verkaufen, bedarf es hier einer Einschränkung. Die könnte heißen: In einer Region muß der Einfluß einer Konzerngruppe begrenzt werden. Zentral ist die Sicherung des Akteneinsichtsrechtes und die Offenlegung der Verflechtungen. Sie sind notwendige Voraussetzungen, um zukünftig Medienkontrolle ausüben zu können.

Erste Lesung Haushalt '95: Auch dem Finanzminister tun hohe Zinsen weh

CDU und F.D.P. beklagen die hohe Verschuldung Halbierter Umweltschutz stößt auf grüne Kritik

Die hohe Verschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen haben die Fraktionen von CDU und F.D.P. bei der ersten Lesung des Haushalts 1995 am vergangenen Mittwoch kritisiert. Der Finanzexperte der Union, Hartmut Schauerte, bemängelte, der immer wieder herausgestrichene Personalabbau sei eine reine Propaganda-Aktion. Von den rund 7 300 Stellen, die in den Ministerien und Landesbehörden gestrichen werden sollten, seien bislang erst 140 weggefallen. Der finanzpolitische Sprecher der F.D.P., Rudolf Wickel, meinte, wenn man an die Haushaltsführung der Landesregierung kaufmännische Maßstäbe anlege, dann sei dieses Land seit langem konkursreif. Der finanzpolitische Sprecher der SPD, Reinhold Trinius, hingegen bezeichnete den Haushaltsentwurf als „sparsam, aber gerecht“. Er enthalte keine Wahlgeschenke. Der haushaltspolitische Sprecher der Grünen, Dr. Manfred Busch, rechnete der Landesregierung vor, sie habe mit vorgesehenen Umweltausgaben von 600 Millionen Mark die Ausgaben für den Umweltschutz in zehn Jahren nahezu halbiert. Finanzminister Heinz Schleußer (SPD), der ohne die Ausgaben für den Länderfinanzausgleich und den Fonds Deutsche Einheit eine Steigerungsrate von einem Prozent errechnete, räumte ein, auch ihm täten die 23 Millionen Mark Zinsen weh, „die wir jeden Tag zahlen müssen“.

Hartmut Schauerte (CDU), finanzpolitischer Sprecher, bat zu Beginn den Finanzminister, die Debatte zu erleichtern, „indem wir tatsächlich von eindeutigen, notwendigen, klaren Zahlen ausgehen und alle Spielereien, die am Ende nur zur Verwirrung und zum Nebel führen, vermeiden“. Er sage das in aller Nachdenklichkeit, weil auch er der Meinung sei, „daß wir die Belastungen aus der Deutschen Einheit, die auch Belastungen dieses Landeshaushalts sind, ganz normal in unsere Betrachtungen einbeziehen müssen“. Sonst schaffe man da einen Nebenhaushalt und eine schräge Beurteilungslage. Er werde deshalb immer von den Gesamtzuwachsdaten, Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben ausgehen. Zum Haushalt sagte der Abgeordnete, im letzten Jahr habe man ein Haushaltsvolumen von 83,08 Milliarden Mark gehabt, in diesem Jahr wolle man 86,46 Milliarden Mark ausgeben. Das seien 3,37 Milliarden Mark mehr als im Vorjahr, und das sei eine Gesamtsteigerung von 4,1 Prozent. Den Zuwachs der Einnahmen und Zuweisungen bezifferte Schauerte auf 3,9 Milliarden Mark, demnach um 5,1 Prozent auf 79,64 Milliarden Mark. Das sei eigentlich eine ganz ordentliche Ausgangslage. Wenn die Einnahmen stärker wüchsen als die Ausgaben, sei Besserung in Sicht. 5,3 Milliarden Mark würden für Zwecke der Wiedervereinigung ausgegeben. Das sei eine Steigerung von 2,6 Milliarden Mark gegenüber dem Vorjahr. Die CDU bekenne sich dazu. Nach wie vor müsse man in diesen Teil des Vaterlandes investieren, damit dort Zukunft stattfinden könne. Er teilte ferner mit, man habe tatsächlich 1,35 Milliarden Mark mehr aus der Umsatzsteuerverteilung nach dem Umsatzsteuerausgleich erhalten. Wie würden diese 1,35 Milliarden freies Geld verbraucht? Indem der Finanzminister zunächst einmal 1,2 Milliarden Mark für zusätzliches Personal im Vergleich zum alten Haushalt ausbe. Die Personalkosten würden sich dann auf 33,25 Milliarden Mark belaufen. Das sei eine ganz massive Steigerung um 3,7 Prozent. Für Zinsen gebe er 310 Millionen Mark mehr aus. Das sei eine ganz traurige Zahl. Man gebe insgesamt 8,34 Milliarden Mark in einem Jahr für Zinsen aus. Als „tödliche Schere“ wertete der Abgeordnete, daß die Investitionen um 3,6 Prozent runter- und die Personalausgaben um 3,7 Prozent raufgingen. Kein Land der Bundesrepublik habe die Investitionsquote so drastisch zusammengefahren wie NRW. Schauerte erwähnte dann, die Ausgaben für Asylbewerber würden um einen Betrag von etwa 600 Millionen Mark reduziert. Wäre der Asylkompromiß rechtzeitig verabschiedet worden, wären die um zwei Drittel reduzier-



Klagen über hohe Verschuldung und hohe Zinsen: v.l. Hartmut Schauerte (CDU), Reinhold Trinius (SPD), Rudolf Wickel (F.D.P.), Dr. Manfred Busch (GRÜNE) und Finanzminister Heinz Schleußer (SPD). Fotos: Schälte

ten Asylbewerberzahlen zwei Jahre früher eingetreten. Das hätte für das Land NRW einen geringeren Asylstrom um 120 000 Menschen bedeutet. Zum Schulbereich meinte er, bei den Grund- und Hauptschulen würden die Mittel um 1,5, bei den Gymnasien um 2,5, bei den Gesamtschulen um 8,5 und bei den beruflichen Schulen um 0,5 Prozent erhöht. An diesen Zahlen erkenne man genau die bildungspolitische Linie der SPD. Dem Finanzminister hielt er vor, er habe von 1988 an die Schleusen geöffnet und den Landeshaushalt jährlich im Schnitt um fünf Prozent steigen lassen. Das sei mehr als das Doppelte der Steigerungsrate, die der ehemalige Finanzminister Posser gehabt habe. Posser habe 17 000 Beamte und Angestellte im Land NRW eingespart. Er, Schleußer, habe 8 000 wieder draufgesattelt. Zur Neuverschuldung meinte der CDU-Politiker, der Finanzminister habe seit 1988 34,4 Milliarden Mark neue Schulden auf jetzt 121 Milliarden Mark gemacht. Das sei entschieden zuviel. „Das tut weh, und das hatte dieses Land nicht verdient.“

Reinhold Trinius (SPD) lobte an dem vorgelegten Entwurf, es sei ein Haushalt ohne Wahlgeschenke, es würden Schwerpunkte gesetzt, Kontinuität gewahrt und trotz aller Schwierigkeiten neue Herausforderungen konstruktiv aufgegriffen. Der Haushalt gehe mit den Gemeinden fair um — in diesem Zusammenhang nannte der Redner die Behauptung, das Land plündere die Gemeinden aus, „grundfalsch“ — und er sei einfallreich, weil man sich von Beteiligungen trenne, die einmal Bedeutung für die Struktur des Landes gehabt hätten, und die dabei erzielten Erlöse einer gesonderten Rücklage zur Strukturpolitik zuführe. Trinius wörtlich: „Es ist ein Haushalt, der finanzpolitischen

Notwendigkeiten gerecht wird, und er paßt sich dem Motto ein: sparsam, aber gerecht.“ Der Abgeordnete strich die Leistungen für den Aufbau in den neuen Bundesländern mit den Worten heraus: „Wir sind zuverlässige Garanten für den Aufbau der neuen Länder, und zwar von Anfang an.“ Was den neuen Länderfinanzausgleich angehe, so werde das Land künftig der potenteste Zahler sein, vor Bayern, Baden-Württemberg und anderen. Scharfe Kritik übte Trinius an der Bundesregierung, die mit ihrem Gerede vom Wirtschaftsstandort Deutschland, der nichts taue, diesen Standort „regierungsamtlich weltöffentlich madig gemacht“ habe und nicht daran denke, ihr einmal gegebenes Wort zu halten (Trinius: „Wortbruch wird zum Regelfall“), sondern die Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre befristet wolle und die Kokskohlenhilfe um 400 Millionen Mark kappe. Aber es bleibe der „Hoffnungsschimmer“, daß der Bundeshaushalt, der dies vorsehe, nach der Bundestagswahl im Oktober zu Makulatur werde. Scharf wandte sich der Sprecher auch gegen die Pläne der Bundesregierung, die Gewerbesteuer zu ändern und sie von einer Realsteuer zu einer reinen Ertragssteuer werden zu lassen — wohlwissend, daß diese Steuer dann verfassungswidrig wird. Damit mache die Bundesregierung ein zweites Mal — nach der Investitionszwangsanleihe — das Bundesverfassungsgericht zu ihrem Büttel. Als Fazit zog Trinius, daß die SPD und die von ihr getragene Landesregierung trotz größter Sparsamkeit über fünf Jahre Wort gehalten und Ankündigungen umgesetzt hätten. Dabei habe man Versprechungen auch übererfüllt, etwa indem statt der angekündigten 100 000 Plätze in Kindergärten 125 000 gebaut und pro Jahr 30 000 Sozialwohnungen statt der ursprünglich geplanten 26 700 errichtet worden seien. Er sei

überzeugt, wenn die Bundesrepublik und damit ganz Deutschland so regiert würde, wie das in Nordrhein-Westfalen geschehe, „es stünde um unsere Nation besser“.

Rudolf Wickel (F.D.P.) warf der Landesregierung vor, sie habe zusammen mit der SPD seit 1980 eine „Ausgabenpolitik mit immer neuen Schulden getrieben und weit über die Verhältnisse gelebt“. Lege man kaumännische und betriebswirtschaftliche Maßstäbe an die Haushaltsführung der Landesregierung an, so sei man seit einigen Jahren „konkursreif“. Wenn man beklage, daß im Gesamtstaat Staatsquote und Abgabenlast zu hoch seien, dann müsse über die Kosten der Beseitigung von über 40 Jahren Sozialismus geredet werden. Der 1. Januar 1995 sei ein markanter Zeitpunkt für die Finanzpolitik, denn dann gehe der größte Teil der Töpfchenwirtschaft zu Ende, und der Bund werde Ende des Jahres mit 1.387 000 000 Mark in den roten Zahlen stehen – eine Schuldenlast aus der Beseitigung des Sozialismus, an deren Bezahlung mehrere Generationen zu tragen hätten. Es sei also unredlich, dem Bund diese riesige Schuldensteigerung vorzuwerfen. Die unerträgliche Schuldenentwicklung aller öffentlichen Haushalte – ganz besonders in NRW – könne so nicht weitergehen. Die Abgabenlast sei zu hoch und müsse in den nächsten Jahren gesenkt werden, wobei er der Überzeugung sei, „wir Bürger können mit unserem Geld besser umgehen, als wenn es in die Hände des Staates gegeben wird, der durch Umverteilung den Leistungswillen noch mehr schwächt“. Dabei zielte Wickel auf Pläne des saarländischen Ministerpräsidenten und „Bundesschattenfinanzministers“ Oskar Lafontaine ab, der sein Land schon in den Ruin gewirtschaftet habe. Damit habe er bewiesen, „daß ihm die besseren Rezepte zur Lösung aller Probleme fehlen“. Die F.D.P., fuhr der Abgeordnete fort, nehme das Angebot des Finanzministers zu einem „Modernisierungspakt“ an und wolle mithelfen, Wege aus der Misere zu finden. Darum unterstütze sie auch die Prüfung, welche staatlichen Aufgaben wegfallen können; Deregulierung und Rationalisierung ohne Aufgabenkritik erfüllten nicht den Zweck. Seit Jahren werde in der Landesregierung nicht nach dem Satz verfahren, den der Innenminister kürzlich den Gemeinden ins Stammbuch geschrieben habe: „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not.“ Wenn das auch von der Landesregierung beherzigt würde, dann werde ein Schuh daraus. „Wir müssen die verkrusteten Strukturen dieses Landes aufbrechen, die Verschuldung zurückfahren, zu soliden Finanzen kommen, die Zukunft technikfreundlich gestalten, die Abgabenlast für den Bürger senken, dann hat dieses Land auch eine blühende Zukunft.“

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) zeigte die grünen Alternativen zur Politik von Landes- und Bonner Regierung auf, um die Chance zum Umsteuern zu nutzen: „Wir wollen eine gerechte Lastenverteilung in dieser reichen Gesellschaft. Wir wollen umweltschädigendes Verhalten bestrafen, umweltverträgliches Verhalten dagegen belohnen. Wir wollen moderne Umwelttechnik fördern, die eine Zukunft hat. Wir wollen Arbeitsplätze statt Arbeitslosigkeit finanzieren.“ Die Bundesregierung belohne die Einkommensstarken mit immer neuen Steuersenkungen und Steuergeschenken, auf Kosten der Arbeits-

losen, der Sozialhilfeempfänger, deren Einkommen weiter gekürzt würden. Die SPD habe viele dieser Maßnahmen mitgetragen, dennoch erwarte man von ihr Hilfe auf Landesebene gegen die „Bonner Kahlschlaglinie“. Busch warf der Landesregierung vor, sie habe, trotz des Schlagworts vom „sozialen Gewissen gegen Bonn“ den landespolitischen Spielraum für eine gerechte Sozialpolitik nicht genutzt.

Die grüne Wirtschaftspolitik gebe sich nicht mit einigen „grünen Tuffern“ zufrieden, sondern „fördere eine flächendeckende Umsetzung von ökologischen und sozialen Reformprojekten“. Der Steinkohlebergbau sei nicht zukunftsfähig und müsse innerhalb einer Generation beendet werden; die Grünen würden alles tun, um die Genehmigung von Garzweiler II zu verhindern. Jede einzelne Aufgabe des Landes müsse auf den Prüfstand gestellt werden, die Einnahmen des Landes seien zu sichern. Dazu müsse

den CDU-Politiker Schauerte adressiert, fügte Schleißer an, er habe nie einen Hehl daraus gemacht, daß er die Bonner Finanzpolitik für eine Katastrophe für diese Republik und für ein Übel für „unser Land und für unsere Gemeinden halte“. Zu den hohen Zinsen merkte er vergleichend an, der Bundeshaushalt habe von 1982 bis 1994 441 Milliarden Mark neue Schulden aufgenommen. In den Sonderrechnungen, den Schattenshaushalten, seien in dem gleichen Zeitraum noch einmal 579 Milliarden Mark Schulden versteckt. Das heiße von 1982 an eine Verschuldung von einer Billion 20 Milliarden Mark von 1982 bis 1994. Zum Haushalt des Landes führte der Minister aus, der Etat könne nur deshalb mit einer Steigerung von einem Prozent dargestellt werden, „weil wir die geplanten Ausgaben der Finanzplanung um 1,3 Milliarden Mark zurückgeführt haben“. Das sei die Wahrheit und Klarheit dieses Haushalts. Er wies auf Aussagen des



Finanznot der Kommunen: v.l. Albert Leifert (CDU), Reinhard Wilmbusse (SPD), Michael Ruppert (F.D.P.), Bärbel Höhn (GRÜNE) und Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD).
Fotos: Schälte

mit einer Politik Schluß gemacht werden, die Steuerhinterziehung bagatellisiere und Steuerausfällen nicht durch Einstellung von mehr Betriebsprüfern entgegensteuere. Es sei ein „durchsichtiges Ablenkungsmanöver“, wenn der Landesfinanzminister die hohen Personalkosten beklage und den Staatsdiener die Schuld zuschiebe. Abgesehen davon, daß kein Dienstleistungsunternehmen sich über einen Personalkostenanteil von 40 Prozent wundern würde, sei nicht bei der Zahl der Beschäftigten, sondern bei den Privilegien der besser verdienenden Beamten anzusetzen. Auch der öffentliche Dienst müsse seinen Anteil zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit beitragen; weitere erfolgreiche Maßnahmen seien soziale Betriebe und der Bedarf von an die 100 000 Arbeitsplätzen bei der Reparatur von Umweltschäden und bei sozialen Dienstleistungen. Seit 1986 seien die Mittel für Umweltschutz im Landesetat halbiert worden, kritisierte Busch, das sei eine „wirklich katastrophale Entwicklung“. Gerade diese Landesregierung wehre sich vehement gegen die von den Grünen vorgeschlagenen Ökosteuern; ihr Vertrauen auf „problemloses Wachstum“ sei „gnadenloser Unsinn“.

Finanzminister Heinz Schleißer (SPD) sagte, er habe sich bei dem, was er hier gehört habe, manches Mal gefragt, welches Land und welcher Haushalt eigentlich gemeint sei. An den Kollegen Wickel gewandt, meinte der Minister, eines habe er nicht verstanden, welchen Einfluß die PDS auf den nordrhein-westfälischen Haushalt habe. An

RWI hin, wonach NRW beim Defizitabbau über ein Jahrzehnt lang das erfolgreichste Land gewesen sei. Zur Umsatzsteuer erklärte er, alle, die für die Finanzpolitik verantwortlich seien, müßten wissen, daß gerade in der Umsatzsteuer der schwere Block des Länderfinanzausgleichs liege. Darum sei es so, daß der erhöhte Anteil von 44 Prozent, den die Länder erhielten, das heiße die finanzschwachen deutlich und die finanzstarken nichts, dazu führe, daß NRW bisher einen Anteil an dem gesamten Umsatzsteuereinkommen von 8,1 Prozent gehabt habe und künftig einen Anteil von 7,8 Prozent am gesamten Umsatzsteuereinkommen haben werde. Schleißer bezeichnete Behauptungen der CDU-Opposition zum Arbeitsmarkt als falsch. In den letzten Jahren sei die Arbeitslosigkeit in NRW um 2,6 Prozent zurückgegangen. In den übrigen Flächenländern (West) habe es nur einen Rückgang um 1,5 Prozent gegeben. Zu den Investitionsausgaben sagte er, sicher, man habe weniger, nämlich rund 400 Millionen weniger. Er möchte aber auch gerne ausführen können, worauf dieser Rückgang zurückzuführen sei, nämlich daß die Hälfte der Gesamtsumme auf zurückgehende Investitionszuweisungen des Bundes beim Hochschulbau, bei der Agrarstruktur und beim Städtebau beruhe. Die zweite Ursache liege einfach darin, „daß wir die Zweckzuweisungen im Steuerverbund gekürzt haben, damit die Schlüsselzuweisungen um ein Prozent steigen können“.

Hartmut Schauerte (CDU) betonte in einem weiteren Beitrag, er bleibe dabei, daß der

Bund in herausgehobener Weise die Lasten der Deutschen Einheit zu tragen gehabt habe. Deshalb könne er sich vorstellen, daß die Verschuldungsnotwendigkeiten beim Bund, wenn eine Finanzierung nicht sofort über Steuererhöhungen erfolgen sollte, über einen bestimmten Zeitraum größer als beim Land gewesen sei, weil auch die Anforderungen aus der Wiedervereinigung größer gewesen seien.

Reinhold Trinius (SPD) wies dagegen darauf hin, man müsse ihn ein Gegenspiel aufmachen lassen. Mit der deutschen Vereinigung gebe es 16 Millionen Menschen in der Bundesrepublik mehr als vorher. Viele von denen zahlten nun auch Steuern an den Bund, niemand von denen an ein altes Land. „Schauen Sie sich den Bundeshaushalt an“, forderte der Abgeordnete den CDU-Sprecher auf. Jeder, der von den 16 Millionen drüben einkaufe — die Kaufkraft liege bei etwa 50 Prozent, zahle natürlich Mehrwertsteuer, die dem Bund nach seinem Anteil voll zufließe. Der Politiker führte weiter die Beispiele Lohnsteuer, Mineralölsteuer und Tabaksteuer an.

Gemeindefinanzierung

Albert Leifert (CDU) hielt die Lage der Gemeinden für äußerst kritisch. Das Finanzierungsdefizit habe mit 4,2 Milliarden Mark einen Höchststand erreicht. Über die Schlüsselzuweisungen träfen Gewerbesteuerbrüche wie in Leverkusen alle Gemeinden. Die Erhöhung bei den Sozialhilfeausgaben beruhe nicht nur auf Arbeitslosen. Empfänger seien auch Pflegebedürftige, Behinderte, zerrüttete Familien, Asylbewerber. Wäre der Asylkompromiß zwei Jahre früher zustande gekommen, hätte sich das Land Milliardenbeträge ersparen können. Die Zahl der Kommunen, denen ein Haushaltsausgleich nicht mehr gelinge, nehme zu. Die Daseinsvorsorge sei gefährdet. Ursache seien die Griffe des Landes in die Gemeindekassen in der Vergangenheit. Milliarden seien für Transferleistungen in die Landeskasse umgeleitet worden. Mit anderen Bundesländern den Verbundsatz zu vergleichen, werde der Übertragung vieler öffentlicher Aufgaben auf die NRW-Kommunen nicht gerecht. NRW nutze den Bundesrat nur für Regierungsinteressen. Bei den trickreichen Rechnungen des Finanzministers könne von einem gerechten Anteil der Kommunen keine Rede sein. Der Steuerverbund müsse umgebaut werden. Die Asylbewerber-Pauschale müsse auf 800 Mark angehoben werden.

Reinhard Wilmbusse (SPD) hielt das Anwachsen des Schuldenberges beim Bund für besonders bedeutsam. Seine Auswirkungen seien verheerend. Die Städte und Gemeinden sparten in noch nie gekanntem Ausmaß. Manche Einsparungen seien heilsam. Aber die Bürger müßten auch höhere Gebühren bezahlen. Die F.D.P. wolle durch Wegfall der Gewerbesteuer die kommunalen Einnahmen weiter einschränken. Wichtiger als der Abbau von 110 Standards sei das Controlling. Bei Unterbringung von vier Asylbewerbern in einem Raum bekomme eine Stadt 700 Mark für ein Zimmer. 675 Mark pro Asylbewerber seien ein Kompromiß, mit dem die Gemeinden leben könnten. Sie hätten über Jahre hinweg überdurchschnittlich viel bekommen. Wilmbusse fuhr fort, die CDU



Gespannte Aufmerksamkeit: v.l. die SPD-Abgeordneten Hermann Jansen, Jürgen Jentsch und Dietrich Kessel (Foto: Schälte)

wolle von einem neuen gigantischen Manöver des Bundes ablenken, mit dem der die Städte und Gemeinden vollends in Chaos stürzen wolle, nämlich der Kürzung der Arbeitslosenhilfe. Das werde in NRW die Kommunen mit einer weiteren Milliarde Mark belasten. Dagegen müsse sich NRW gemeinsam wehren. Ferner belasteten Folgekosten die Standorte der britischen Streitkräfte. Deren Angehörige sollten bei der Einwohnerzahl weiter mitberücksichtigt werden.

Michael Ruppert (F.D.P.) fand es gar nicht komisch, die Gemeinden bei „explodierenden“ Sozialausgaben und „implodierenden“ Gewerbesteuererinnahmen an Düsseldorf zu verweisen, wie dies der Bundesarbeitsminister getan habe. Das Land sei zwar für die Kommunalfinanzen zuständig, aber es könne nicht sein, „daß der Bund den Kommunen in die Tasche greift und wir dafür die Ausfallbürgerschaft übernehmen“. Wenn nun aber die Landesregierung vor einem Bonner „Anschlag“ auf die Finanzhoheit der Gemeinden warne, „kommt sie mir wirklich vor wie ein Vampir, der die Blutarmut seiner Opfer beklagt“. Seit Anfang der 80er Jahre nämlich habe die sozialdemokratische Landesregierung die Gemeinden zur Ader gelassen. Empörung über die „Anschläge des Herrn Waigel“ halte er für pure Heuchelei, betonte Ruppert, denn der Vorschlag des Bundesfinanzministers habe keine echte Aussicht auf Realisierung. Von den Solidaritätslasten im Zuge der Verwirklichung der Deutschen Einheit im Jahr 1995 trage der elf, die westdeutschen Länder und Kommunen zusammen gut neun Milliarden Mark, wobei auf die Kommunen zwei Drittel dieser Last

entfielen. Im Finanzpoker sei der Landesfinanzminister der Gewinner, Waigel und die Kommunen aber die Verlierer. Eine grundlegende Reform sei überfällig, „die unsere Gemeinden befähigt, Selbstverwaltung als Basis unseres demokratischen Aufbaus wirklich wieder zu leben“.

Bärbel Höhn (GRÜNE) meinte lapidar, „die eine Seite, die CDU und F.D.P., schiebt sämtliche Probleme, die die Kommunen haben, auf das Land, die andere Seite, die SPD, auf den Bund“. Das zeige das Problem: Die Gemeinden würden in die Zange genommen — vom Bund und vom Land, das müsse geändert werden. Wer über leere Kassen klage, der müsse darüber reden, für welche Zwecke diese Kassen geleert worden seien. Der Verbundsatz sinke um 2,4 Prozent, die Schlüsselzuweisungen würden zwar um ein mageres Prozent angehoben, dafür sanken die Zweckzuweisungen um 22 Prozent. Was die Finanzbeziehungen angehe, so müsse der Umstand geändert werden, daß die Gesetze in Bonn beschlossen würden, die Auswirkungen von den Ländern und Gemeinden zu bezahlen und von den Bürgerinnen und Bürgern zu tragen seien. Die Grünen wollten eine Ausweitung der Gewerbesteuer auf alle Selbständigen und seien gegen die Versuche auf Bundesebene, diese Steuer auszuhöhlen oder gar abzuschaffen. Auch das Land versuche, sich auf Kosten der Gemeinden zu entlasten: Die Verbundquote liege bei 23 Prozent, die Kommunen müßten sich aber zu 44 Prozent an den Kosten der Einheit beteiligen. Die Finanzmisere werde von oben nach unten weitergereicht, schloß sie, den letzten bissen dann die Hunde. Sie warte auf den Moment, wo die Letzten, die Bürger und Bürgerinnen, „endlich einmal zurückbissen“.

F.D.P. bei Wahl dabei

Bedauerlicherweise ist in der Ausgabe 14 der Parlamentszeitschrift „Landtag intern“, Seite 17, im Bericht über die Landeslisten in NRW zur Bundestagswahl durch ein technisches Versehen beim Satz die Angabe „F.D.P.“ herausgefallen. Selbstverständlich sind die Liberalen am 16. Oktober dabei.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) meinte, eines stehe für ihn fest: Manches, dem man hier zuhören müsse, überschreite geradezu das Maß an Zumutbarkeit. Der Minister unterstrich, es habe keine Kürzung des Steuerverbundes in Höhe von 560 Millionen Mark bzw. von 5,4 Prozent gegeben. Der Verbundsatz sei nicht geändert worden.

Fortsetzung Seite 8



Abgeordnete halten Pflegeversicherung als Thema des Wahlkampfs für zu schade

Die Landesregierung müsse ihre Verzögerungstaktik bei der Umsetzung der Pflegeversicherung aufgeben, forderte die CDU im Rahmen einer Aktuellen Stunde am 8. September im Landtag. Die Regierung komme ihrer Aufgabe nicht nach, für eine ausreichende Pflegeinfrastruktur zu sorgen, erläuterte die Fraktion. Sozialminister Franz Müntefering (SPD) hielt dagegen: Derzeit gebe es in NRW 122 000 stationäre Pflegeplätze; wie hoch der zusätzliche Bedarf sei, lasse sich nicht verbindlich sagen. Der Minister sprach in diesem Zusammenhang von „Wahlkampfpropaganda“.

Herbert Reul (CDU) sah die Bundesländer in der Pflicht, eine „leistungsfähige, zahlenmäßig ausreichende und wirtschaftlich-pflegerische Versorgungsstruktur“ vorzuhalten. Aber bei dieser Landesregierung sei festzustellen: „Fehlanzeige, Verweigerung, Verpennen“. Schon im Mai habe die CDU die Regierung aufgefordert, die Voraussetzungen zu schaffen, aber es sei nichts passiert. Nicht einmal die Frage des Bedarfs oder der notwendigen Investitionen sei beantwortet. Auch die Mittel würden im nächsten Jahr gekürzt (Reul: „Sind Sie eigentlich noch bei Trost?“). Das Fazit zur Umsetzung sei: „Null getan, nur geschwätzt, nur Projektgruppen eingesetzt.“ So fielen Theorie und Wirklichkeit in diesem Lande auseinander. Der Minister solle klar antworten und einen Zeitplan vorlegen und nicht „herumhampeln“ und Ausflüchte machen. Der Ministerpräsident solle den Menschen helfen und seinem Minister „in den Hintern treten, damit er eine Entscheidung trifft“.

Sozialminister Franz Müntefering (SPD) kontierte: „Wenn sich die Sozialdemokraten und das Land NRW für diese Pflegeversicherung in Bonn nicht schon eingesetzt hätten, als andere, die hier sitzen, sie noch blockiert haben, wäre sie nicht gekommen.“ Die Pflegeversicherung werde ohne jede Verzögerung in dem Zeitplan, den das Gesetz vorgebe, umgesetzt, und das werde solide geschehen. Im Lande gebe es 122 000 Pflegeplätze, die Zahl der Sozialstationen habe sich auf 750 erhöht, derzeit seien rund 700 private ambulante Pflegedienste vorhanden. Im kommenden Jahr werde man „mit großer Kraft“ darangehen, die häusliche Pflege zu stabilisieren und zu verbessern. Hier liege die Herausforderung des Jahres 1995.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) fand nicht gut,

daß der Minister im „Wahlkampffieber“ falsche Tatsachen in den Raum stelle. Die „Blockade“ der Pflegeversicherung habe darin bestanden, daß man über das Aufbringungsprinzip unterschiedlicher Meinung gewesen sei: Einbettung in die Sozialversicherung oder — wie es die Liberalen lieber gesehen hätten — Pflegeversicherung im Kapitaldeckungsverfahren, damit sie auch später noch bezahlbar bleibe. Daß im Ministerium eine Arbeitsgruppe gebildet worden sei, sei zwar loblich, wissen wolle man aber, „ob Sie pünktlich fertig werden“. Der Klärung bedürfe die Frage, wer das Geld bekommen solle, das durch die Pflegeversicherung frei werde: Ob es die Gemeinden wiederbekommen sollten, um so ihre Handlungsfähigkeit wiederzuerlangen.

Wolfram Kuschke (SPD) nannte es ein „Zeichen völliger Kenntnislosigkeit“, wenn die CDU den Eindruck zu erwecken versuche, die Landesregierung müsse allein etwas auf den Weg bringen: Hier seien neben den Ländern die Bundesregierung, die Spitzenverbände der Krankenkassen und berechtigterweise die Betroffenen im Spiel. Für das Land habe die Vorbereitung auf die Pflegeversicherung nicht erst im Mai begonnen, „für uns hat sie Anfang der 90er Jahre mit der Einführung des zweiten Landesaltensplans, eines bisher im Bundesmaßstab nicht vorhandenen Instruments, begonnen“. Die Pflegeversicherung sei für die SPD die größte sozialpolitische Reform der vergangenen Jahre. „Wir setzen sie im Interesse der Betroffenen zügig und solide um.“

Daniel Kreutz (GRÜNE) hielt nichts von einer „inszenierten Scheindiskussion“; wenn es Versäumnisse der Landesregierung in dieser Sache gäbe, „dann wäre mit Sicherheit die GRÜNE-Landtagsfraktion die erste, die dies hier scharf kritisierte“. Seine Fraktion sei der Meinung, daß die Umbruchsituation, der grundlegende Kurswechsel in der Altenhilfe, dazu genutzt werden muß, vom Ausbau der ausgrenzenden stationären Heimunterbringung zu einem bedarfsgerechten System von Hilfs- und Pflegeangeboten zu gelangen, „mit denen endlich die Grundrechte pflegebedürftiger alter Menschen auf Selbstbestimmung und Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft verwirklicht werden können“. Es sei ein unerhörter Vorgang, daß das Parlament mißbraucht werde, um die öffentliche Meinung über die tatsächlichen Vorgänge bewußt irreführen zu lassen.

Hat das Land Nachholbedarf bei der Umsetzung der Pflegeversicherung oder nicht — über diese Frage tauschten ihre unterschiedlichen Ansichten aus (v.l.): Herbert Reul (CDU), Sozialminister Franz Müntefering, Wolfram Kuschke (beide SPD), Heinz Lanfermann (F.D.P.) und Daniel Kreutz (GRÜNE). Fotos: Schälte

Anne Garbe (SPD) betonte, wenn die CDU sage, sie habe so lange auf eine Pflegeversicherung warten müssen, warum habe sie dann nicht mit den vorhandenen Mehrheiten im Bundestag schon vor Jahren die Pflegeversicherung so beschlossen, wie es in den Gesetzentwürfen des Ministers Blüm und der Bundestagsfraktion der SPD vorgeschlagen worden sei?

Georg Gregull (CDU) berichtete, in Nordrhein-Westfalen warteten 350 000 Pflegebedürftige auf die Hilfen aus diesem Gesetz. Und eine wichtige Rolle dabei spielten — wie auch in der Vergangenheit — die freien Träger der Wohlfahrtspflege. Diese aber seien auf verlässliche Orientierungshilfen angewiesen, und diese Orientierungshilfen seien notwendig, um für die Zukunft zu planen.

Horst Radtke (SPD) hielt die Debatte für eine miese Wahlkampfschau auf dem Rücken alter und kranker Menschen. Wenn die CDU schon den Feiertag anmahne, dann solle sie einen vorschlagen. Bei der Ausbildung für Altenpflege sei NRW Vorreiter. In Heimen müßten viele Plätze abgebaut werden, wenn ambulante Pflege ausgebaut werde.

Wilhelm Riebniger (CDU) äußerte sich erschüttert über das unflätige Auftreten des Ministers. Eine so unverschämte Abgeordnetenbeschimpfung habe er noch nicht erlebt. Er habe konkretes Umsetzen von ihm erwartet. Tausende von teilstationären Plätzen fehlten. Statt dessen seien 33 Millionen Mark weniger im Haushalt gegenüber einem Antragsüberhang von 296 Millionen.

Marianne Hürten (GRÜNE) hielt die Angriffe für falsch adressiert. Große Sorge der Krankenkassen sei, daß Pflegebedürftige aus Ansrüchen herausfielen. Eine Debatte darüber sei angebracht. Wenn die CDU Handlungsbedarf sehe, solle sie einen Antrag einbringen. Gründliche Gespräche seien ange-sagt, nicht ein Riesenkrach.

Minister Franz Müntefering (SPD) wunderte sich über den Ablauf und den Vorwurf Verzögerungstaktik. Es gehe um Verstärkung der ambulanten Dienste und der Sozialstationen. Da werde im Haushalt nicht gekürzt. Die Menschen sollten darauf vertrauen, daß die Pflegeversicherung solide umgesetzt und pünktlich wirksam werde.

Gesetz zeugt auch nach 20 Jahren noch von Modernität und Konsistenz

Weiterbildungsstand wie politischen Augapfel hüten

Der Landtag hat mit zeitlicher Verzögerung den 3. Bericht der Landesregierung zur Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen (Drs. 11/6561) beraten. Dieser Bericht soll an sich immer in fünfjährigem Turnus ergehen. Alle Fraktionen waren sich indessen bei der Aussprache über die Bedeutung der Weiterbildung als viertem Bereich des Bildungswesens einig.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) unterstrich, die Weiterbildung als vierter Bereich des Bildungswesens gewinne mehr und mehr an Bedeutung. Das könne nicht überraschen, denn die meisten Menschen könnten nicht über die Schule, nicht über die Berufsausbildung und nicht über die Hochschule, sondern nur über die Weiterbildung erreicht werden. Der 3. Weiterbildungsbericht stelle detailliert die Situation und Entwicklung in den Jahren von 1986 bis 1990

Marie-Luise Woldering (CDU) erinnerte daran, daß der dritte Bericht erst mit fast zweieinhalbjähriger Verspätung vorgelegt worden sei. Das u. a. zeige, „daß wir der Weiterbildung als zunehmend wichtiger werdender 4. Säule unseres Bildungssystems heute nicht mehr die intensive und sorgfältige Beratung zukommen lassen können, die ihr eigentlich zusteht“. Die Abgeordnete erwähnte ferner, man habe festgestellt, daß die Anzahl derjenigen, die von der Möglichkeit der Arbeitnehmerweiterbildung nach dem Weiterbildungsgesetz Gebrauch mache, relativ gering sei. Man habe auch die Sorgen des Mittelstandes und der Wirtschaft zu diesem Punkt erfahren. „Wir sollten sie gerade in der heutigen Situation wirtschaftlicher Umbrüche ernst nehmen.“

Andreas Reichel (F.D.P.) sagte, die Situation sei durch eine beachtliche Vielfalt des

völlige Ausblenden dieser zentralen Frage sei in ihren Augen ein weiterbildungspolitischer Skandal. Die Landesregierung verhalte sich gegenüber der Realität hier nach dem Motto: Augen zu und durch.

Reinhard Grätz (SPD) warf einen Blick über den Bericht hinaus und schloß: „Sie fordern vielfach ideale Verhältnisse. Wir haben gehandelt, wir haben trotz Finanzrestriktionen gehandelt.“ Betrachte man das 20jährige Weiterbildungsgesetz, dann falle auf, daß es trotz des Haushaltsdeckels von 1982, der natürlich strukturelle Rückwirkungen auf die Weiterbildung habe, wenn er nur an die Struktur der Teilnehmerkreise denke, zu keiner inhaltlichen oder strukturellen Veränderung des Gesetzes gekommen sei. Diese Tatsache zeuge von der Modernität, aber auch der inhaltlichen und strukturellen Konsistenz dieses Gesetzes. Tatsächlich habe



Weiterbildung, eine Chance für jedermann: v.l. Kultusminister Hans Schwier (SPD), Manfred Degen (SPD), Marie-Luise Woldering (CDU), Andreas Reichel (F.D.P.), Brigitte Schumann (GRÜNE) und Reinhard Grätz (SPD).
Fotos: Schälte

dar. Die Daten für die Jahre 1991 und 1992 würden inzwischen fortgeschrieben. Die berufliche wie die kulturelle Weiterbildung in öffentlicher Verantwortung werde in Zukunft an Bedeutung noch zunehmen. Die Pluralität der Träger und Angebote habe sich bewährt. Der Minister empfahl, auch neue bisher ungewohnte Wege der Kooperation zwischen privatwirtschaftlich organisierter und öffentlich verantworteter Weiterbildung zu wagen. 254 Millionen Mark gewähre das Land 1994 an Zuweisungen und Zuschüssen.

Manfred Degen (SPD) meinte, erfreulicherweise könne man anhand der Zahlen feststellen, daß sich die Weiterbildung in NRW im Berichtszeitraum zwar langsam, aber stetig weiterentwickelt habe. Die Tatsache, daß im Jahr 1990 zu den 4,6 Millionen förderungsfähigen Unterrichtsstunden von den Einrichtungen zusätzlich rund zwei Millionen Unterrichtsstunden durchgeführt worden seien, zeige, daß sich die Weiterbildungseinrichtungen weitere Finanzierungsquellen erschlossen hätten. Für die Zukunft wünschte sich der Abgeordnete ein Berichtssystem, das aktueller sei und zeitnahes Datenmaterial liefere.

Weiterbildungsangebotes gekennzeichnet. Das sei begrüßenswert, und der Bericht könne durchaus noch deutlicher hervorheben, daß dies ein eigenes Merkmal der Weiterbildungsangebote gegenüber den anderen Bereichen des Bildungswesens sei. Aber natürlich sei die Schattenseite dieser bemerkenswerten Vielfalt eine gewisse Unübersichtlichkeit. Auch wenn es, gerade bei privaten Trägern, inzwischen Tendenzen gebe, sich zu Ringen zusammenzuschließen, in denen man sich auf gemeinsame Zertifikate verständige, liege hier trotzdem eine Handlungsverpflichtung „für uns für die öffentliche Begleitung der Entwicklung in der Weiterbildung“.

Brigitte Schumann (GRÜNE) kritisierte, versuche dieser Bericht noch die Stagnation schönzureden, so sei inzwischen unbestritten: Die Weiterbildung stecke nicht nur in einer andauernden Stagnation, es gelte inzwischen, ihren Abbau zu verhindern. Das Hauptproblem der Weiterbildung, aus dem sich fast alle anderen ableiteten, sei das Verhältnis von Kostenentwicklung einerseits und Finanzierungsstruktur für die öffentliche Weiterbildung andererseits. Dem widme der Bericht eine Passage von sieben Zeilen. Das

dieses Gesetz seine originäre Position unter den Weiterbildungsgesetzen der inzwischen 16 Bundesländer behalten. Der Abgeordnete empfahl abschließend, den erreichten Weiterbildungsstand „wie unseren politischen Augapfel“ zu hüten.

Landesregierung stand mit dem DFB in Kontakt

Der Sport könne und dürfe nicht am Gängelband der Politik geführt werden. Das erklärte Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) in seiner Antwort auf eine Mündliche Anfrage des CDU-Sportpolitikers Leonhardt Kuckart. Der Abgeordnete hatte wissen wollen, ob die Landesregierung bereit gewesen sei, das Fußball-Länderspiel Deutschland-England am 20. April 1994 in das „Sportland Nummer 1 Nordrhein-Westfalen“ zu holen. Rau führte aus, der Sport bedürfe zwar politischer Unterstützung, seine Entscheidungen — und auch die der Ausrichtung dieses Länderspiels in Berlin nach der Hamburger Absage — beträfen die autonomen Verbände allein. Die Landesregierung habe mit dem DFB in Kontakt gestanden, die Entscheidung sei jedoch für Berlin gefallen.

Konzessionsrecht im Energiebereich „Richtiges Thema falsch angepackt“

Der Grünen-Antrag „Verstöße gegen Konzessionsrecht im Energiebereich nicht dulden“ (Drs. 11/6754) wurde vom Plenum am 1. September abgelehnt. Die Sprecher der SPD, CDU und F.D.P. sahen einen Rechtsverstoß im Kreis Aachen als behoben an und empfahlen eine grundsätzliche Behandlung des Themas Stromkonzessionen. Minister Einert stellte dabei unterschiedliche Interessen der Kommunal- und der Wirtschaftspolitik fest.

Bernd Poulheim (SPD) berichtete, die Grünen-Fraktion werfe dem Wirtschaftsminister vor, seine Dienstpflicht als Energieaufsichts- und Kartellbehörde verletzt zu haben. Die SPD-Fraktion weise das entschieden zurück. Der Minister habe seine Pflicht nach der Konzessionsabgabenverordnung voll erfüllt. Die Sonderzahlungen der RWE an den Kreis Aachen habe er gerügt. 1,5 Millionen Mark würden zurückgezahlt, der Rechtsverstoß sei behoben.

Laurenz Meyer (CDU) bestätigte, der Minister habe den Wirtschaftsausschuß überzeugt, dem Land sei nichts vorzuwerfen. Eine Grundsatzdiskussion über Graubereiche und über gängige Nebenleistungen sei angebracht, der Antrag selbst jedoch erledigt.

Hagen Tscholtsch (F.D.P.) hielt ebenfalls eine ausführliche Beratung des falsch angepackten Themas für richtig. Der umfassende Bericht des Wirtschaftsministers könne dafür eine gute Grundlage sein. Meistens verhandelten Kommunen mit einem Monopol-

anbieter. Es würden Verträge zu Lasten Dritter, nämlich der Stromverbraucher, geschlossen. Die müßten alles bezahlen.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) hielt den Fall für ein Lehrstück in Sachen Verfilzung Energiewirtschaft und Landesregierung. Alle Fraktionen hätten bestätigt, daß ein Verstoß gegen Kartellrecht vorliege. Der neue Vertrag müßte eigentlich nichtig sein. Von den Liberalen als Wettbewerbshütern hätte er anderes erwartet.

Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) stellte zum Vorgang im Kreis Aachen fest, den Gemeinden sei durch vorzeitige Vertragsbeendigung der Abschluß separater Konzessionsverträge ermöglicht worden. Durch die Rückzahlung wäre das Wegerecht zweimal bezahlt worden, das sei bereinigt. Die Gemeinden würden ihrer Verantwortung bei energiewirtschaftlichen Entscheidungen gerecht. Im Landtag müßten bei einer Grundsatzdiskussion unterschiedliche Interessen der Kommunal- und der Wirtschaftspolitik deutlich gemacht werden.

Erste Lesung Haushalt...

Fortsetzung von Seite 5

Die Verbundmasse im allgemeinen Steuerverbund verringere sich zunächst einmal um 16,9 Millionen Mark gegenüber 1994. Das seien 0,1, nicht 5,4 Prozent und nicht 560 Millionen Mark. Die Opposition aber müsse von einem ausgehen: „Wir haben uns nach Artikel 79 der Landesverfassung zu richten.“

Der Verfassungsgerichtshof des Landes habe in einem Rechtsstreit ausdrücklich erklärt, daß dieser Verbundsatz so richtig sei. Er habe das nicht beanstandet, und man sei geradezu von der Verfassung her verpflichtet, die Ausgaben und damit auch die Höhe des Verbundsatzes an veränderten finanziellen Rahmenbedingungen, an Verpflichtungen, die dem Land oblägen, zu orientieren.



Manchmal ist das politische Klima rau, manchmal aber auch herzlich: v.r. Parlamentarischer Geschäftsführer Dr. Michael Vesper (GRÜNE), Heinz Lanfermann (F.D.P., hinten), CDU-Mitarbeiter Peter Kummer, Fraktions-sprecherin Bärbel Höhn (GRÜNE), Stellv. Fraktionsvorsitzende Brigitte Speth (SPD, vorne), Fraktionsvorsitzen-der Dr. Helmut Linssen (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer Hagen Tscholtsch (F.D.P.), Parlamentari-sche Geschäftsführerin Birgit Fischer (SPD) und Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU).

Foto: Schälte

Aufenthaltsrecht für ausländische Ehefrauen

Der Grünen-Antrag „Ausländischen Ehegattinnen und -gatten muß ein eigenständiges Aufenthaltsrecht in der Bundesrepublik gewährt werden!“ (Drs. 11/6584) wurde vom Plenum am 1. September gemäß Ausschußempfehlung abgelehnt. Die Sprecher der SPD, CDU und F.D.P. verteidigten die im bisherigen Recht vorgesehene Bestandszeit für Ehen und unterstützten die Initiative der Landesregierung im Bundesrat zur Regelung von Härtefällen.

Brigitta Heemann (SPD) hielt die Intention des Antrags für richtig. Das derzeitige Ausländergesetz sei zu eng und zwingt die Frauen zu Verfolgung und Verstoßung in der Heimat oder zu einer entwürdigenden Ehe in Deutschland. Die Initiative der Landesregierung im Bundesrat sei zu begrüßen, wonach in gravierenden Fällen geholfen werden könnte. Der Petitionsausschuß habe daran maßgeblichen Anteil. Der Grünen-Antrag gehe zu weit.

Heinrich Meyers (CDU) sah Problemsituationen nicht nur bei mißhandelten, sondern auch bei zwangsweise durch Menschenhändler zur Ehe verleiteten Frauen. Ein eigenständiges Aufenthaltsrecht ohne Bindung an eine Bestandszeit der Ehe könne es jedoch nicht geben. Die CDU unterstütze mehr Einzelfallgerechtigkeit, wie in der NRW-Initiative angestrebt.

Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) schloß sich den Vorrednern an und bemerkte zum Grünen-Antrag, es könne immer nur der Einzelfall geprüft werden, um zu Gerechtigkeit zu kommen.

Marianne Hürten (GRÜNE) äußerte sich enttäuscht, da alle Fraktionen so viel Verständnis für die betroffenen Frauen und ihre Notsituation gezeigt hätten. Die NRW-Initiative im Bundesrat stelle auf Aufenthaltserlaubnis in Härtefällen ohne Mindestehe-dauer, in allen anderen Fällen bei mindestens vierjähriger Ehegemeinschaft ab. Gerichte würden sich für massive Mißhandlungen nicht interessieren. Selbst bei Annahme der NRW-Initiative bleibe das Ausländergesetz eine Waffe in der Hand prügelnder Männer. Selbst die SPD-Bundestagsfraktion gehe weiter. Im Landtag habe sich leider nichts bewegt.

Ministerin Anke Brunn (SPD) antwortete namens des Innenministers, der Grünen-Antrag habe keine Chancen auf Bundesebene, die Gründe seien nachvollziehbar. Mit der NRW-Initiative könne genau das erreicht werden, was besondere Härten erforderten. Das Ehegattenaufenthaltsrecht sei grundsätzlich vom hier lebenden Ehegatten abhängig, dem der Zuzug erlaubt worden sei, um die Eheschließung als Mittel zur Erlangung von Rechten zu verhindern.

Berufsordnung

Einstimmig haben die vier im Landtag vertretenen Fraktionen den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung der Berufsordnung für die öffentlich bestellten Vermessungsingenieure und Vermessungsingenieurinnen (ÖbVerming BO NW) an den Innenausschuß überwiesen (Drs. 11/7326).

Fraktionen einig: Das Kulturgut Lesen muß gesichert und gefördert werden

Kinder schauen zehnmal länger Fernsehen, als sie Bücher lesen

Bei Stimmhaltung der Grünen hat der Landtag am 1. September auf Beschlußempfehlung des Kulturausschusses (Drs. 11/7336) den Antrag der CDU-Fraktion „Kulturgut Lesen sichern“ (Drs. 11/6238) mit den Stimmen der drei anderen Fraktionen angenommen.

Leonhard Kuckart (CDU) beklagte: „Schüler in Nordrhein-Westfalen lesen in ihrer Freizeit durchschnittlich etwa 15 Minuten pro Tag, sitzen durchschnittlich aber zehnmal länger vor dem Fernsehapparat.“ Es gehe nicht darum, die elektronischen Medien zu beschimpfen oder „das Jammertal der Kulturpessimisten zu durchwandern“, sondern Aufgabe einer verantwortlichen Kulturpolitik sei es, die positiven Wirkungen des Lesens auf die sprachlich, intellektuelle und emotionale Kompetenz vor allem junger Menschen zu erhalten und die Vielfalt der Kultur zu erhalten, denn die sei die entscheidende Voraussetzung dafür, „daß wir uns kulturellen Veränderungen nicht verschließen“.

Manfred Böcker (SPD) nannte die Forderung nach mehr Geld für Bibliotheken, Kindertheater und Literaturbüros verständlich, aber man müsse mit dem auskommen, was man habe. Entscheidend sei, ob eine veränderte Einstellung zur Leseförderung in der Gesellschaft erreicht werden könne. „Wenn diese Diskussion im Ausschuß und im Plenum ein kleines Stückchen Bewußtseinsänderung in der Gesellschaft für die Bedeutung von Leseförderung bewirken könnte, so hätten wir gemeinsam viel erreicht.“ Es sei ein Irrglaube zu meinen, es genüge in Zukunft, unser Wissen im Computer zu speichern.

Wolfram Dorn (F.D.P.) war traurig darüber, daß das Land in diesem Jahr seine Zuschüsse an die Bibliotheken um 900 000 Mark gekürzt habe: „Es wäre gut, wenn wir auf diesem Wege zu einer umgekehrten Entwicklung kommen könnten.“ Er selbst habe in seiner Jugend durch Lesen unendlich viel gelernt, betonte Dorn; sicher habe er dadurch auch den Anstoß bekommen, selbst Bücher und Artikel zu schreiben. „Wir alle sollten uns viel mehr Zeit zum Lesen nehmen. Dabei denke ich nicht nur an politische Texte“, schloß der Abgeordnete.

Brigitte Schumann (GRÜNE) betonte, das Lesen sei eines der höchsten Kulturgüter. Dem Antrag in seiner Allgemeinheit sei sicher zuzustimmen, aber bei einzelnen konkreten Forderungen müsse ihre Fraktion Vorbehalte anmelden, etwa bei dem Verlangen, „daß die Grundversorgung an die konfessionellen Bibliotheken gehen soll und sie bei diesen Aufgaben unterstützt werden sollen“. Schumann: „Ich halte dagegen, daß für die Grundversorgung die kommunalen Träger die geeigneten sind. Die privaten Träger sind zusätzlich zu finanzieren, sollen aber

keine ersetzende Arbeit leisten.“ Im übrigen sei es zu wenig, wenn nur kosmetische Forderungen im Bereich Schule und Kultur gestellt würden, gleichzeitig aber die von konservativen politischen Kräften gewollten Modernisierungsprozesse und der von der Bundesregierung betriebene Abbau des Sozial- und Rechtsstaats als Ursache gesellschaftlicher Schiefen ausgeblendet würden. Darum enthalte ihre Fraktion sich der Stimme.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) betonte, Lesen müsse zuallererst in der Familie erlebt werden. Lesen sei mehr als eine Tech-

nik, die die Schule zu vermitteln habe. Lesen müsse spannend gemacht werden, etwa dadurch, daß Schüler Gelegenheit bekommen, Menschen zu begegnen, die Bücher schreiben und daraus vorlesen. Dabei entwickle sich ein Kontakt, den der Bildschirm überhaupt nicht bieten könne. „Wir müssen uns alle gemeinsam bemühen, zum Beispiel ganz spannende und interessante Bücher für Kinder in verstärktem Umfang und zu erträglichen Preisen anzubieten.“ In der öffentlichen Bibliothek sei das auch ein Anreiz, „aber ein eigenes Buch zu haben, das gehört auch zur Bewahrung des Kulturgutes Lesen“, meinte der Minister.



Die Kinder- und Jugendtanzgruppe des Heimatvereins Bevergen hat den Landtag besucht. Die SPD-Abgeordnete Reinhold Hemker (r.) und Gunther Sieg (3. v. r.) organisierten ein Programm für die Tanzgruppe sowie ihre Begleiterinnen und Begleiter, nachdem Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD, Mitte hinten) vor einigen Monaten anlässlich eines Besuchs in Bevergen die Kinder und Jugendlichen eingeladen hatte. Zahlreiche Zuschauer erfreuten sich im Landtag an der Vorführung der Tanzgruppe.

Beifall und Vorbehalt zu Verpackungssteuer

Die „kommunale Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen auch für NRW“ war das Thema einer Aktuellen Stunde am 1. September, die auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stattfand.

Bärbel Höhn (GRÜNE) begrüßte das Urteil über die kommunale Verpackungssteuer in Kassel, die die Ökologie fördere und die Industriegiganten nicht über die Gebühren der Bürger verdienen ließe. Seit Einführung der Steuer auf Einweggeschirr, -dosen, -flaschen und Pappschalen im Jahre 1992 seien in Kassel 500 Tonnen Müll pro Jahr vermieden worden. Höhn schloß mit den Worten, daß die Grünen mit dem Urteil einen Hebel hätten, dort anzusetzen, wo die Arbeit der Umweltbewegung und der Grünen zu einer enormen Bewußtseinsveränderung geführt habe, bei „der Bevölkerung, den Kommunen vor Ort“.

Als „ökologisches, abfallpolitisches Signal“ wertete **Klaus Strehl** (SPD) das Kasseler Urteil. Vieles sei noch verbesserungsbedürftig, die Landesregierung habe bereits über den Bundesrat versucht, Verbesserungen zu erzielen. Eine bundeseinheitliche Regelung sei einer Länder- oder Kommunalregelung vorzuziehen.

Diese Meinung teilte auch **Hans Peter Lindlar** (CDU). Zunächst sollte man jedoch die Urteilsbegründung abwarten und auswerten. Im Hinblick auf die Belastung nach Einsatzstoffen müsse differenziert werden. Außerdem müsse zur Beschleunigung der Umorientierung der Anbieter hin zu ökologisch verträglichen Lösungen beigetragen werden.

Der F.D.P.-Abgeordnete **Hans-Joachim Kuhl** bekräftigte, daß marktwirtschaftliche Instrumente nötig seien, derart definierte zusätzliche Einnahmequellen für Kommunen unter dem Deckmantel der Ökologie würden jedoch von der F.D.P. abgelehnt. Eine sorgfältige Prüfung der Urteilsbegründung sei wichtiger als Schnellschüsse. Weiterhin beklagte der Abgeordnete die „brutale Vorgehensweise“ vieler großer Unternehmen gegenüber ihren kleineren Mitkonkurrenten.

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) begrüßte die Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer aus ökologischen und abfallwirtschaftlichen Gründen. Es sei ein „Gebot der Vernunft“, eine bundeseinheitliche Regelung herbeizuführen, um „keinen Flickenteppich sehr unterschiedlicher kommunaler Regelungen zu bekommen“.

Kern des Nachtrags ist Bereitstellung von mehr Mitteln für Asylbewerber

Nach der ersten Lesung des Haushalts 1995 wurden am vergangenen Donnerstag die Beratungen zum Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes NRW für das Haushaltsjahr 1994 beraten. In zweiter Lesung nahm der Landtag die Beschlußempfehlung über den Gesetzentwurf der Landesregierung mit den Stimmen der SPD-Fraktion und gegen die Stimmen der anderen Fraktionen an.

Robert Schumacher (SPD) erklärte, daß sich mit dem nordrhein-westfälischen Nachtragshaushalt 1994 – im Vergleich zu anderen Gebietskörperschaften – das Etatvolumen nur unwesentlich erhöht habe. Weder würde die Nettokreditemächtigung erhöht, noch würden die Rücklagen im Haushalt 1994 aufgelöst. Der Erlös aus der Veräußerung von Landesbeteiligungen von rund 171 Millionen Mark würden nur für strukturverbessernde Maßnahmen eingesetzt, die vor allem im investiven Bereich stattfänden. Als Kern des Nachtragshaushalts bezeichnete Schumacher die zusätzliche Bereitstellung von 475 Millionen Mark an die Gemeinden zur Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern.

Marianne Paus (CDU) fand den Ansatz des Finanzministers unverständlich, die Kostenerstattung für Asylbewerber an die Träger der Sozialhilfe um 95 Millionen auf 764 Millionen Mark aufzustocken. Wenn man sich die Entwicklung bewußt mache, müsse man feststellen, „daß die jahrelange Blockade des Asylkompromisses durch die SPD zu hohen finanziellen Belastungen für NRW geführt hat“. Wäre dieser Beschluß zwei Jahre früher gefaßt worden, hätte er dem Land eine Einsparung von rund einer Milliarde Mark gebracht. Weiterhin beklagte Frau Paus, daß von 700 freien Stellen im Polizeidienst lediglich 330 geprüfte Anwärter übernommen würden.

Rudolf Wickel (F.D.P.) legte dar, daß im Vergleich der Ausgaben von 1993 mit den vorgesehenen Ausgaben 1994 mit dem jetzigen Nachtrag eine Erhöhung von mehr als 3,5



„Zwischen Innovation und Tradition – Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion 1946 bis 1966“ heißt eine Dokumentation, die der Kölner Historiker Professor Dr. Dieter Düding für die Friedrich-Ebert-Stiftung erstellt und am vergangenen Mittwoch Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe in einem ersten Exemplar übergeben hat. Foto: Schälte

Milliarden Mark eingetreten sei. Dies bedeute zugleich eine Steigerung des Etats '94 um 4,48 Prozent. Damit würde die Vorgabe des Finanzplanungsrates von drei Prozent deutlich überschritten. Mit jeder Menge Mehrausgaben bei ungesicherter Einnahmenerhöhung vor den Problemen des Haushalts 1995 räche sich einmal mehr die unsolide Finanzpolitik der 80er Jahre. Außerdem habe die Landesregierung zu spät gehandelt, indem sie Zuständigkeiten für Asylanten und Flüchtlinge dem Sozialministerium weggenommen und dem Innenministerium übertragen habe. Erst seitdem wisse man, was an Kosten noch ausstehe.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) schickte voraus, daß auch seine Fraktion den Nachtragshaushalt ablehne. Zur Begründung nannte er die globalen Minderausgaben von 583 Milliarden Mark und die „Rücklagenbildung“. Letztere dienten lediglich dazu, „im Jahr vor der Wahl die Kreditaufnahmen etwas anzuheben, um sie im Wahljahr dann etwas niedriger erscheinen zu lassen“. Dies sei eine Irreführung der Öffentlichkeit. Busch

kritisierte die CDU, die Einsparungserfolge auf Kosten der Flüchtlinge der Dritten Welt erzielt hätte. Das Zurückschicken, selbst von Deserteuren, in Folter und Tod sei eine Flüchtlingspolitik, die eine Abschaffung des Asylrechts bedeute. Dies führe in der Tat dazu, daß in NRW logischerweise die Kosten für Asylbewerber sanken.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) bezeichnete es als eine solide Grundlage, daß das Land Zinsausgaben in Höhe von 100 Millionen Mark durch die Bildung von Rücklagen gespart habe. Die Asylkosten seien nicht nachvollziehbar. Was den Gemeinden zustehe, solle ihnen auch zufließen. Dies habe 1993 zu überplanmäßigen Ausgaben geführt und somit zur Ergänzung im Nachtrag. Die Vorwürfe der CDU-Abgeordneten Paus bezüglich der Einstellungen bei der Polizei wies Schleußer zurück. „Alle, die ausgebildet werden, werden eingestellt.“ Nur seien die zur Verfügung stehenden Planstellen nicht in jedem Haushaltsjahr fällig.

Gastronom sollte selbst über Öffnungszeit befinden

Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen sollen nach den Vorstellungen der Liberalen abends länger ins Wirtshaus gehen können. Sie ergriffen dazu eine parlamentarische Initiative. Am vergangenen Mittwoch wurde im Landtag beschlossen, den F.D.P.-Antrag zur Streichung der Sperrzeiten für Schank- und Speisewirtschaften an den Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie zu neuerlichen Beratungen zu überweisen.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) verwies darauf, daß 78,4 Prozent aller gastronomischen Betriebe in NRW für den F.D.P.-Vorschlag votierten. Deshalb mache sich die Fraktion zum Anwalt der Hotel- und Gaststättenbetreiber und ihrer Kunden, die in die Befragung einbezogen worden wären. Mit der F.D.P.-Initiative soll erreicht werden, daß

künftig jeder Gastronom selbst entscheidet, wie lange seine Wirtschaft geöffnet habe. Die Nachtruhe solle generell eine Stunde später beginnen, meinte Kuhl.

Dr. Bernd Brunemeier (SPD) forderte einen Kompromiß zwischen möglichst günstiger Schankzeit und Nachtruhe der Anwohner. Lärmschutz sei Gesundheitsschutz, eine generelle, landeseinheitliche Regelung hielt der Abgeordnete nicht für erstrebenswert. Es seien bereits günstige Ausnahmetatbestände geschaffen worden, deshalb sei eine zu weit gehende Liberalisierung vor Ort nicht notwendig.

Franz Skorzak (CDU) zeigte viel Sympathie für den F.D.P.-Antrag, doch müsse man die Schutzinteressen der Nachbarn von Gaststätten weiterhin im Auge behalten. Am be-

sten müßten das die Gemeinden entscheiden, wie vor Ort die Sperrzeiten geregelt werden sollen. Er zeigte Kompromißbereitschaft und plädierte für eine weitere Beratung im Ausschuß.

Roland Appel (GRÜNE) fand die Argumente der CDU „ganz interessant“. Zur Sache selbst nahm Appel kaum Stellung, merkte nur an, die Beratungen im Ausschuß fortzusetzen.

Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) sagte, daß die gewünschte völlige Übertragung auf die Kommunen so nicht gehe. Dennoch habe nicht zuletzt der letzte Sommer gezeigt, daß die Kommunen durchaus in der Lage seien, ihr Recht zu Ausnahmeregelungen flexibel handzuhaben.

Baltische Republiken suchen Anlehnung und Hilfe bei westeuropäischen Staaten

Ermunterung zu mehr kulturellem Engagement von deutscher Seite

Zu einem Informationsaustausch auf Parlaments- und Regierungsebene sowie mit Fachleuten aus Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft führte Mitte August eine Kommission des Kulturausschusses, unter Leitung der Ausschußvorsitzenden Hildegard Matthäus (CDU), eine zehntägige Reise in die drei baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen durch. Die Reise, an der sich auch Mitglieder des Wirtschaftsausschusses beteiligten, hatte vor allem zum Ziel, die kulturelle Zusammenarbeit zwischen dem Baltikum und Nordrhein-Westfalen zu stärken und Möglichkeiten für gemeinsame Projekte auszuloten. Das Land Nordrhein-Westfalen ist bereits mit einer Anzahl von Kooperationen und Hilfsprojekten in den baltischen Republiken engagiert.

Estland, das mit 1,52 Millionen Einwohnern kleinste Land der baltischen Republiken, gilt als Musterbeispiel für wirtschaftliches Aufstreben und marktwirtschaftliche Eigenständigkeit unter den osteuropäischen Staaten. Die deutsche Wirtschaft habe die sich daraus ergebenden Chancen bisher noch nicht genügend wahrgenommen. Während Lettland (2,47 Millionen Einwohner) mit der wirtschaftlichen Entwicklung jetzt dabei sei nachzuziehen, liege Litauen (3,7 Millionen Einwohner) noch zurück.

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Kultur, Journalistik und Sport des Estnischen Parlaments (das Parlament „Riigikogu“ besteht aus 101 Abgeordneten) sieht sein Hauptaufgabenfeld in der Gesetzgebung. Ausschußvorsitzender Sulev Alajõe bezeichnete die Arbeit im Ausschuß als sehr spannend, weil nach der Wiedererlangung der Selbständigkeit Estlands nicht nur Gesetze geändert, sondern völlig neue rechtliche Grundlagen geschaffen werden mußten. Zu den bereits verabschiedeten Gesetzen im Kulturbereich gehören die Gesetze zum Urheberschutz, zur Kulturautonomie, zu den Bibliotheken und zur Staatsbibliothek. In Bearbeitung sind zur Zeit Gesetze über das Archivwesen, über Museen und die Theater (Estland verfügt über die relativ große Anzahl von neun Staatstheatern und vier Staatsorchestern).

Dem vermehrten Interesse an der deutschen Sprache und Kultur dient das in der Hauptstadt Tallinn angesiedelte Deutsche Kulturinstitut in Estland, das nicht etwa, wie das Goethe-Institut in Lettland/Riga eine deutsche Einrichtung ist, sondern als estnische Institution bereits im April 1991, noch vor dem Umbruch, gegründet worden ist. Die Arbeit des Instituts wird von der Deutschen Botschaft gefördert. Sein Hauptziel ist, die deutsche Kultur in Estland bekanntzumachen und kulturelle Kontakte zu vermitteln, weshalb auch großes Interesse an einer verstärkten Zusammenarbeit mit Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern besteht. Die Institutsarbeit umfaßt sowohl den Deutschunterricht (die Nachfrage nach Deutschkursen hat in den letzten zwei Jah-

ren so enorm zugenommen, daß die angebotenen allgemeinen und speziellen Lehrgänge nicht mehr ausreichen) als auch deutsche Literatur, Musik und Kunst.

Ein weiteres deutsches Kulturinstitut, dessen Mitglieder verschiedene estnische, auf dem Gebiet der deutschen Kultur tätigen Gesellschaften insbesondere aus Süd-Estland sind, existiert in der Universitätsstadt Tartu (Dorpat). Auch die Vorstandsmitglieder dieser Einrichtung unterstrichen ein zunehmendes Interesse an deutscher Kultur und Sprache.

An der 1632 gegründeten Universität Tartu mit ihren zehn Fakultäten studieren zur Zeit etwa 7 000 Studenten. Wie der Rektor, Professor Tulviste, erläuterte, sei die Universität erfreut darüber, nach 50 Jahren wieder Zulauf von ynternationalen Studenten zu erfahren. Nordrhein-Westfalen unterstützt die EDV-Ausstattung der Universität und die Buchausstattung des interdisziplinär arbeitenden Europaseminars, das vom Dekan der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, Professor Reiljan, aufgebaut wird. Die Chancen für Studienabgänger der Universitäten auf dem Arbeitsmarkt in Estland werden zur Zeit als hervorragend bewertet.

In Lettland, das sich zum Zeitpunkt des Besuchs in einer Regierungskrise befand, dankte der Präsident des Lettischen Parlaments (das Parlament „Saeima“ hat 100 Abgeordnete) Anatolij Gorbunovs für die Hilfeleistungen Nordrhein-Westfalens bei der Aufbauarbeit, der Herstellung von Verbindungen zu den internationalen Organisationen und der Zusammenarbeit im Bereich von Bildung, Kultur und Wissenschaft.

Im Gespräch mit den Mitgliedern des lettischen Parlamentsausschusses für Kultur, Bildung und Wissenschaft sah der Vorsitzende, Paul Putnins (von Beruf Theaterregisseur und Dramaturg), in den fehlenden Rechtsgrundlagen, abgesehen von den finanziellen Engpässen, den größten Nachteil für eine effektive Kulturarbeit. Da im sowjetischen System die Kultur an letzter Stelle gestanden habe, werde nun versucht, sie durch Schaffung von Rechtsgrundlagen auf eine höhere Ebene zu heben.

Im Herzen der Altstadt von Riga, quasi in der Mitte der drei baltischen Staaten, arbeitet seit 1992 das Goethe-Institut als deutsches Kulturzentrum für die drei baltischen Republiken und widmet sich seinen klassischen Aufgaben: der Pflege der deutschen Sprache und der kulturellen Zusammenarbeit mit den baltischen Republiken in allen Bereichen des Kulturlebens.

Neben der Diskussion über die Arbeit des Goethe-Instituts mit seinem Direktor Dr. Winterscheidt führte die Landtagsdelegation im Institutsgebäude auch Gespräche über die kulturelle, wissenschaftliche und wirtschaftliche Situation Lettlands mit dem Vorsitzenden der Lettisch-Deutschen Parlamentariergruppe, dem Abgeordneten Juris Sinka, dem Rektor der Universität Lettlands, Professor Juris Zakis, dem lettischen Vertreter im „Pro Baltika-Forum“ (einem durch deutsche und finnische Geschäftsleute in Anlehnung an „Pro Ruhrgebiet“ gegründeten Verein), Professor Dr. Ivars Knets, dem Direktor des Lettischen Nationalorchesters, Vilnis Strautins, dem BfAI-Korrespondenten in Riga, Ulrich Uhlmann, einer Vertreterin der landwirtschaftlichen Schule in Kasdanga, und der Geschäftsführerin des Deutschbaltisch-Lettischen Begegnungszentrums in Riga, Nora Rutka. Dabei standen Fragen der mangelnden finanziellen Mittel zur Förderung des kulturellen Lebens in Lettland, der Wunsch auf ein stärkeres Engagement von Mäzenatentum und Firmen-Kultursponsoring sowie die sich für die Wirtschaft ergebenden Chancen aus den jetzt anlaufenden Privatisierungen und der beabsichtigte Aufbau einer Europa-Universität im Baltikum (durch Riga, Tallinn, Tartu und Vilnius) im Mittelpunkt.

An der Fremdsprachenfakultät der Lettischen Universität Riga informierten sich die Landtagsabgeordneten über das von der Nordrhein-Westfälischen Staatskanzlei finanzierte und von der Partnerschafts-Universität Münster eingerichtete Sprachlabor sowie die EDV-Ausstattung des Sprachenzentrums.

Einblick in die kulturpolitische Arbeit der Re-

(Fortsetzung Seite 12)



Die israelische Folklore-Gruppe „Zabar of Yavne“ hat auf Einladung des Essener SPD-Landtagsabgeordneten Jürgen Thulke (Mitte hinten) den Landtag besucht. Die jungen Künstler sind Gäste des Schönebecker Jugendblasorchesters im Wahlkreis des Abgeordneten.

Baltikum...

Fortsetzung von Seite 11

gierung erhielt die Landtagsdelegation im Kultusministerium durch die Stellvertreterin des Staatsministers für Kultur, Rita Muizniece. Zur Zeit bemüht man sich, Riga im Jahre 2001, in der die Stadt 800 Jahre alt wird, zur Kulturhauptstadt Europas ausrufen zu lassen. Das Problem der Zuständigkeiten zwischen staatlicher, kommunaler und privater Kulturpolitik sei noch nicht geregelt; deswegen arbeite das Ministerium ein Gesetz zur Kulturverantwortung aus. Die Kulturpolitik des Landes sei nicht auf die vielfältigen Angebote der Hauptstadt Riga beschränkt, sondern verfolge auch die Strategie der Ausdehnung auf alle Landesbereiche, auch auf die kleineren Gemeinden, wobei die Einbindung internationaler Kontakte mit angestrebt werde.

Mit rund 1000 öffentlichen Einrichtungen verfügt Lettland über eine sehr reichhaltige Bibliothekenlandschaft. Jede Verwaltung hat praktisch eine eigene Bibliothek. Allein in Riga gibt es 48. Ebenso wie in den anderen baltischen Staaten nimmt die Folklore in der Kultur Lettlands eine besondere Rolle ein. Einen interessanten Überblick über das Verlagswesen erhielten die Abgeordneten im Buchverlag „Vaga“, einem der erfolgreichsten privaten lettischen Verlagshäuser, das Ende 1990 gegründet wurde und Bücher in lettischer und russischer Sprache herausgibt. Wie Verlagsdirektor Maris Ozolins, der auch Vorsitzender des lettischen Verlegerverbandes ist, erläuterte, veröffentlicht sein Verlag etwa 70 neue Bücher pro Jahr. Die Produktion solle im nächsten Jahr verdoppelt werden. Deutsche und französische Autoren würden in Lettland sehr geschätzt, so daß mehr deutsche als lettische Autoren veröffentlicht würden. In ganz Lettland wurden etwa 1500 Neuerscheinungen im Jahr herausgegeben.

Für eine sehr offene und aufschlußreiche Diskussion über die politische und kulturelle Situation in Litauen stand der Ausschuß für Bildung, Kultur und Wissenschaft des Litauischen Parlaments „Seimas“ in Vilnius zur Verfügung (das Parlament besteht aus 140

Abgeordneten). Ausschußvorsitzender Professor Genzelis, Mitglied der die Mehrheit stellenden Demokratischen Arbeiterpartei, unterstrich unter Hinweis auf die guten historischen Traditionen das Interesse des Parlaments, die Beziehungen zu Deutschland zu erweitern. Litauens Politik sei auf Westeuropa, vor allem auf Skandinavien und Deutschland, ausgerichtet. Ebenso wie bei den Parlamenten der beiden baltischen Nachbarländer würde die parlamentarische Hauptaufgabe in der Gesetzgebung zu allen Aufgabenbereichen gesehen.

Auf Initiative des Ausschusses sei als erstes das „Berner Übereinkommen zu den Urheberrechten“ ratifiziert worden. Zur Zeit beschäftige sich der Ausschuß mit einem Gesetz über die Massenmedien und mit der Entwicklung eines Gesetzes über das Bibliothekswesen. Geplant sei außerdem, ein Konzept für die Kulturentwicklung in Litauen zu erarbeiten, das die Frage notwendiger rechtlicher Regelungen und der Verantwortung staatlicher Stellen grundlegend aufgreifen soll. Rechtlich seien die Grenzen von staatlicher und kommunaler Verantwortung noch nicht festgelegt. In der Sowjetzeit sei alles staatlicher Verantwortung untergeordnet gewesen. Nach der Wende hingegen sei zunächst alles den Kommunen und der Privatisierung überlassen worden. Um zu verhindern, daß privatisierte Kulturobjekte zweckfremdet werden können, sei jetzt geregelt worden, daß keine Maßnahme ohne Zustimmung des Kultusministers umgewandelt werden darf.

Die kulturelle Situation in den Kommunen sei noch nicht ganz überschaubar. Ein Problem sei auch, daß viele Kommunen die der Kultur zugeordneten Mittel des Staates für andere Zwecke verwenden. Da diese Mittel nicht zweckgebunden seien, könne dies der Staat nicht verhindern. Der auf die Kultur im engeren Sinne entfallende Anteil am Staatshaushalt liege bei vier (für die Bereiche Kultur, Bildung und Wissenschaft zusammen liege der Anteil bei 23 Prozent).

Selbstverständlich sei die wirtschaftliche Situation immer der entscheidende Faktor für die Entwicklung der Kultur im Lande. Die wirtschaftliche Lage sei im Moment das

Hauptproblem. Bisher habe Litauen nur ein Drittel der Produktivität gegenüber 1989 erreicht. Die Landwirtschaft leide unter erheblicher Überproduktion. Fast alle östlichen Märkte seien verlorengegangen. Dennoch bestehe Hoffnung auf eine bessere Entwicklung. Litauen lebe in einer Übergangsperiode, die naturgemäß am schwierigsten sei. Darum schaue man gewissermaßen neidvoll auf die ehemalige DDR, die glücklicherweise in den alten Bundesländern einen „großen Bruder“ habe.

Zur Parteiensituation und zur Politik führte Genzelis aus, daß zwar im Litauischen Parlament die Machtverhältnisse zwischen den Parteien eindeutig seien, bei den Kommunalparlamenten hingegen wegen des ständigen Wechsels oder der Loslösung von Parteizugehörigkeiten mitunter chaotische Verhältnisse anzutreffen seien. Deswegen habe die Seimas jetzt ein neues Wahlgesetz, das das parteigebundene Prinzip vorschreibt, verabschiedet, mit dem in den künftig stattfindenden Kommunalwahlen der Einzug unabhängiger Kandidaten verhindert werden soll.

Die Fremdsprachenentwicklung an den Schulen tendiere eher zum angelsächsischen Raum. Ein anderes Ausschußmitglied, Dr. Jonas Kilius, zugleich Mitglied der litauisch-deutschen Gesellschaft, vertrat die Auffassung, daß die Deutschen in Litauen eher zu zurückhaltend seien, was die Förderung der deutschen Sprache anbetrifft.

Beim Besuch der Litauischen Staatlichen Musikakademie, die einen hervorragenden Ruf vor allem durch die aus ihr hervorgegangenen Sänger und Pianisten genießt, betonte Rektor Antanavicius die Wichtigkeit des Austauschgedankens. Um die Akademie als europäische Einrichtung ausbauen zu können, sei es vor allem von Bedeutung, daß ausländische Studenten und Professoren nach Litauen kommen. Zu Deutschland bestünden schon seit geraumer Zeit einige gute und tiefe Kontakte. Weitere Fachgespräche in Litauen wurden mit Vertretern der im Kultur- und Bildungsbereich besonders aktiven und finanzkräftigen privaten Soros-Stiftung, dem Präsidenten des Litauischen Verlegerverbandes, Herrn Akelis (in Litauen arbeiten rund 700 Buchverlage), dem Literaturübersetzer Cetrauskas, dem Leiter des Deutschen Sprach- und Kulturzentrums in Litauen, Dr. Zamackas, und dem Initiator des geplanten deutsch-litauischen Kultur- und Wirtschaftszentrums, Baron von der Ropp, geführt. In Klaipeda (Memel) unterrichteten sich die Abgeordneten neben anderen Fachkontakten über die Situation und die theater-spezifischen Probleme des Drama-Theaters, wobei Chefregisseur Pletkauskas besonders den Wunsch auf Aufführungen europäischer Theater in Klaipeda und auf Möglichkeiten, sich selbst in Deutschland und Europa darzustellen, aussprach.

Besonders in Erinnerung bleiben werden die Eindrücke, die beim Besuch der Jüdischen Gemeinde in Vilnius, die eine Partnerschaft mit einer Jüdischen Gemeinde in Nordrhein-Westfalen anstrebt, und bei der Begegnung mit einer Gruppe der deutschen Minderheit gewonnen wurden. Das Hauptanliegen der Vertreter der deutschen Minderheit, die jeden Kontakt und jede Begegnung mit Deutschen freudig aufgreifen, ist die Einrichtung eines eigenen Kultursaales oder -zentrums in geeigneten Räumlichkeiten, um ihren Mitgliedern, die überwiegend in Litauen bleiben wollen, eine geeignete Stätte bieten zu können.



Beamte aus den Landesministerien und aus der Gewerbeaufsicht waren Zeugen, die der Parlamentarische Untersuchungsausschuß II unter dem Vorsitz von Maria-Theresia Opladen (zweite von rechts) in öffentlicher Sitzung Anfang September vernommen hat. Mit auf dem Bild der stellvertretende Ausschußvorsitzende Egbert Reinhard (l.) sowie die Ausschußassistenten Bernd Lottes (zweiter von links) und Thomas Wilhelm (r.).

Foto: Schälte

„Bei Abschiebung von Kurden in die Türkei Zurückhaltung wahren“

Um für die Bearbeitung von Petitionen, die von Menschen aus der Türkei an den Landtag Nordrhein-Westfalen gerichtet werden, bessere Grundlagen zu erhalten, haben der Vorsitzende Karl Knipschild (CDU) und der stellvertretende Vorsitzende Hans Rohe (SPD), begleitet von einem Beamten des Petitionsreferats, Anfang Juni eine Informationsreise in die Türkei unternommen. In zahlreichen persönlichen Gesprächen, durch Erkundungen vor Ort und die Konfrontation mit persönlichen Schicksalen sowie durch Kennenlernen und Verstehen türkischer Lebensumstände seien, so die Ausschußvorsitzenden, die Beurteilungsmöglichkeiten für den Petitionsausschuß erweitert worden. Der Ausschuß habe zudem sein Bemühen untermauert, jede Eingabe sorgfältig zu überprüfen und zu entscheiden. Darüber hinaus halten sie den Bericht, der in Auszügen folgt, für geeignet, den Petitionsausschüssen anderer deutscher Parlamente wertvolle Hinweise zu geben. Auslöser der Reise, bei der auch über die Rückkehrproblematik bei Kindern, Jugendlichen und alleinstehenden Frauen, über die Kurdenfrage, die Lage der Christen und der Yeziden sowie generell über die Menschenrechtssituation in der Türkei gesprochen wurde, war die Einzelfallpetition eines 13jährigen Jungen aus Köln, dem die Abschiebung in die Türkei drohte.



Die Ergebnisse der Türkeireise einer Delegation des Petitionsausschusses des Landtags wurden von den Teilnehmern dieser Reise Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (M.) in Form eines zusammenfassenden Berichts übergeben. Unser Bild zeigt den Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Karl Knipschild (2. v.r.), den stellvertretenden Vorsitzenden Hans Rohe (l.) und den Mitarbeiter des Petitionsausschusses, Ministerialrat Franz Muschkiet (r.).
Foto: Schälte

Ernsthafte Probleme bei der Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei sah die Delegation in Gesprächen mit Vertretern des Menschenrechtsvereins und der Menschenrechtsstiftung bestätigt: „Eindrucksvolle Zahlen und Dokumentationen machten deutlich, daß die Türkei massiv aufgefordert werden sollte, die Menschenrechte einzuhalten.“ Es genüge schon, von der Meinungsfreiheit betreffend die Menschenrechte Gebrauch zu machen, um verurteilt zu werden — definitiv 59 Menschen hätten dieses Schicksal gehabt. Viel gravierender sei jedoch, daß in den letzten vier bis fünf Jahren einige tausend Todesfälle ohne Täterkenntnis zu registrieren seien. Es gebe Anhaltspunkte dafür, daß sogenannte Exekutionskommandos im Lande ohne jede staatliche Kontrolle tätig sind. 70 Prozent der Menschenrechtsverletzungen spielten sich im Südosten des Landes, im Kurdengebiet, ab. Dabei seien Menschenrechtsverletzungen nicht nur seitens des türkischen Militärs, sondern auch durch die kommunistische kurdische Arbeiterpartei (PKK) zu registrieren; der größere Anteil liege aber bei den staatlichen Stellen.

Was die Folterungen angehe, so erfolgten sie weniger in den Haftanstalten, als im Bereich der Polizei, die im Zuge ihrer sogenannten Erstermittlung immer wieder von der Folter Gebrauch mache. Nach der neuen türkischen Strafprozeßordnung habe die Polizei im Rahmen der Antiterrorgesetze die Möglichkeit, Personen bis zu 15 Tage und länger ohne jede gerichtliche Entscheidung in Haft zu halten. Innerhalb dieses unakzeptablen Zeitraums geschähen die meisten Folterungen. Das Fazit des Ausschusses zu diesem Punkt: „Die Fragen der Menschenrechtsverletzungen bedürfen der gesteigerten Aufmerksamkeit und müssen gerade in den westlichen Ländern immer wieder thematisiert werden. Trotz der geopolitisch wichtigen Stellung der Türkei müssen die

Möglichkeiten des politischen und wirtschaftlichen Drucks genutzt werden, um eine Verbesserung hinsichtlich der Einhaltung der Menschenrechte zu erreichen.“ Breiten Raum bei den Gesprächen habe die Kurdenfrage eingenommen. Auch das Auswärtige Amt sehe in seinem letzten Lagebericht vom Juni 1994 „nach früheren etwas distanzierteren Schilderungen“ die Lage der Kurden kritischer. Es sei berichtet worden, daß das türkische Militär vermehrt Dörfer in einer großen Anzahl evakuieren oder zerstöre, um so angeblich der PKK Nachschubwege abzuschneiden: „Dies deutet darauf hin, daß die derzeitige Regierungspolitik die Kurdenfrage militärisch lösen will. Die Zahl der zerstörten Dörfer schwankt dabei zwischen 900 und 1300 (Stand Juni 1994).“ Hinzu komme die vorsichtig geschätzte Zahl von 10 000 Toten in den letzten zehn Jahren. Es sei auch zu beobachten, daß der Unmut der türkischen Bevölkerung gegen die kurdische Bevölkerung wachse: Bei Beerdigungsfeiern für getötete Soldaten seien in der westlichen Türkei bereits Ansätze von Lynchjustiz beobachtet worden, berichten die Ausschußvorsitzenden und ziehen für ihre Arbeit den Schluß: „Auf diesem Hintergrund ist es richtig, bei der Abschiebung von Kurden in die Türkei Zurückhaltung zu wahren und die persönliche Situation der Betroffenen zu würdigen, zumal im Regelfall eine Überprüfung der Rückkehrer bei Grenzübertritt durch staatliche Stellen erfolgt und Übergriffe dabei bekanntgeworden sind. Der Abschiebestopp, wie er von der Landesregierung verfügt worden ist, erscheint insbesondere dann sinnvoll, wenn die Zeit genutzt wird, Klarstellungen hinsichtlich des Schicksals abgeschobener Kurden zu schaffen. Dabei sollten die Auskünfte staatlicher türkischer Stellen sehr kritisch gewürdigt werden.“

In der Frage der Rückkehr von Kindern, Jugendlichen und alleinstehenden Frauen plä-

dieren die Vorsitzenden des Petitionsausschusses für gemeinsame Projekte unter finanzieller Beteiligung deutscher Stellen. Bei der Rückführung von Kindern und Jugendlichen müsse die Straßenkinderproblematik verstärkt Berücksichtigung finden, da es in der Türkei eine Jugendhilfe wie in der Bundesrepublik nicht gebe. „Liegen konkrete Anhaltspunkte dafür vor, daß Kinder in dieses Straßenmilieu abgleiten können, so sind Härtefallgesichtspunkte mit besonderer Aufmerksamkeit zu würdigen.“ Auch bei alleinstehenden Frauen komme es für die Entscheidung der Behörden und des Petitionsausschusses darauf an, die konkrete Lebenssituation der in die Türkei zurückkehrenden Frauen zu hinterfragen. Bei Frauen ohne Berufsausbildung und ohne familiäre Bindungen seien besondere Problemsituationen nicht auszuschließen.

Was die schwierige Lage der Christen und Yeziden in der Türkei anbelange, so bestehe die Befürchtung, „daß bei den Auseinandersetzungen zwischen den türkischen Sicherheitskräften und der PKK diese genannten Personengruppen zerrieben werden. Hinzu kommt, daß auch noch religiöse Fanatiker die Gelegenheit nutzen, diese Minderheiten zu verfolgen. Der Abschiebestopp Nordrhein-Westfalens speziell für diesen Personenkreis stieß auf volle Zustimmung“.

Keine Schäden durch Sender

Die Landesregierung geht davon aus, daß während des Betriebes des Senders Langenberg keine nachweisbare Schädigung für die Bevölkerung in diesem Umkreis bestand. Dr. Katrin Grüber (GRÜNE) wollte durch ihre Kleine Anfrage (Drs. 11/7404) informiert werden, ob eine etwaige Gesundheitsgefährdung für die Menschen in dieser Region während des Sendebetriebs gegeben war.

Anhörung Entwicklungshilfe in NRW (II)

Mit „fairen“ Preisen den Bauern helfen

In der öffentlichen Anhörung des Unterausschusses Europapolitik des Hauptausschusses nahmen zum Thema „Möglichkeiten der Entwicklungszusammenarbeit auf der Ebene eines Bundeslandes“ am 2. September, die Jürgen Büssow (SPD) leitete, Sprecherinnen und Sprecher von 12 Organisationen Stellung. Nachstehend der zweite Teil des Berichts.



Jürgen Büssow (SPD) hörte als Vorsitzender des Unterausschusses den Entwicklungshelfern aufmerksam zu.

Christiane Overkamp (Bischöfliches Hilfswerk Misereor) stellte fest, es gebe einen breiten Konsens, daß Entwicklungspolitik nicht länger eine Frage des Finanztransfers und der Projekte sei. Der Querschnittsaufgabe müßten sich alle Ressorts stellen. Misereor beteilige sich an einer Studie, wie „nachhaltige Entwicklung“ auf Deutschland anzuwenden sei, die zeigen solle, wie wir „über unsere Verhältnisse“ lebten. Vorerst schlage Misereor einen Experten-Beirat vor, der Landesregierung und Parlament kompetent berate. Beim Außenhandel könne durch

Selbstverpflichtung auf soziale und ökologische Schranken eingewirkt werden. Im Landtag könne eine regelmäßige Nord-Südpolitische Debatte die öffentliche Aufmerksamkeit erhöhen. Der Runderlaß „Dritte Welt im Unterricht“ des Kultusministers sei wichtig für fachübergreifende Behandlung und als Handlungsanleitung.

Mainzer Büro

Die Misereor-Sprecherin bedauerte, daß Entwicklungszusammenarbeit als Aufgabe der Kommunen nicht in die neue Gemeindeordnung übernommen worden sei. Für die notwendige länderübergreifende Koordinierung und Beratung habe das Europäische Büro für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Mainz wertvolle Dienste geleistet. Der Bundestag wolle das Mainzer Büro als gemeinsame Stelle für alle Kommunen vorschlagen. Fast überall in der Dritten Welt sei Zunahme der Armut von Frauen zu beobachten. Gleichzeitig verschärften sich nachteilige kulturelle und religiöse Vorstellungen. Frauen müßten qualifiziert und verantwortlich an Projekten beteiligt werden. Walter Eberlei (Kindernothilfe der Diakonie Duisburg) begrüßte das besondere Augenmerk für Kinder und Frauen in den Leitlinien der Landesregierung. Viele Katastrophen im Süden der Erde seien menschengemacht. NRW müsse zum Schutz des Erdklimas auf die Kritik von „Germanwatch“ an Garzweiler II hören. NRW-Unternehmen müßten Zu-

sammenhänge zwischen Rüstungsexport, Import von Rohstoffen und Arbeitsbedingungen in Handelspartnerländern des Südens beachten. Für die Motivation von Schülern sei die Einstellung eines Lehrers aus einem Süd-Kontinent in Niedersachsen vorbildlich. Eine multikulturelle Lehrerschaft solle Normalität werden. In regionalen NRW-Schwerpunkten wie südliches Afrika, China und Vietnam müsse Menschenrechtsverletzung angeprangert werden.

In der Stellungnahme der NRW-Landesstelle der Carl-Duisberg-Gesellschaft (CDG) werden mehr Mittel als die jährlich vier Millionen Mark befürwortet. Bei den Programmen Konkreter Friedensdienst solle „die problematische Zielgruppe Berufsschule“ stärker einbezogen werden. Zu den fachlichen Fortbildungsschwerpunkten Wasserwirtschaft, Umwelttechnik, Ressourcen im Bergbau solle vertieft Solartechnik angeboten werden. Wegen der großen Multiplikatoreffekte der von der CDG durchgeführten Trainingsprogramme sollten Stipendien für Fach- und Führungskräfte ausgeweitet werden. Projekte sollten nicht ohne einen verlässlichen Partner im Entwicklungsland durchgeführt werden.

Aktion Kokos

Hanns Groeschke (Evangelische Akademie Iserlohn) berichtete über die Aktion Kokos, die exemplarisch auf die miserable soziale und ökonomische Situation der philippinischen Kokosbauern aufmerksam mache. Unsere Wirtschaft beziehe nachwachsende Rohstoffe von den Philippinen und solle zum fairen Handel beitragen. Ökologische und soziale Kosten seien einzubeziehen. Die Waschmittelherstellung aus Kokos, Palm- und Palmkernöl solle sich einer Produktlinienanalyse unterziehen.

Gewaltpräventive Jungenarbeit

Monika Vogt (Informationszentrum Dritte Welt) forderte eindringlich Maßnahmen gegen Sextourismus und Kinderprostitution (zu Behördenmaßnahmen siehe auch Auszug aus der Stellungnahme von Terres des Hommes aus der vorigen Ausgabe). In engem Zusammenhang dazu stehe der Menschenhandel mit immer jüngeren Frauen. Polizei und Justiz müßten für angemessenen Umgang mit den Opfern sensibilisiert werden. Frauen müßten öffentlich die gleiche Wertschätzung erfahren wie Männer. Gewaltpräventive Jungenarbeit im Sexualunterricht sei zu begrüßen.

In der letzten Fragerunde wurden aufgrund von Nachfragen der Abgeordneten Georg Gregull (CDU), Helmut Kupski (SPD), Jürgen Büssow (SPD), Bärbel Höhn (GRÜNE) und Hermann-Josef Schmitz (CDU) weitere Einzelheiten zu Kinderprostitution und Mädchenhandel, zum fairen Handel, besonders mit Kaffee, zu mehr Angeboten für die handlungsbereite Bevölkerung und zur Aufklärung von Verkaufs- und Reisebüropersonal mitgeteilt. Vorsitzender Jürgen Büssow griff den Vorschlag seiner Kollegen auf, die Landesressorts mit der Anhörung über die Querschnittsaufgabe zu konfrontieren und ihre Stellungnahmen zu erbitten. Als Verbraucher vermißte er das Angebot von „fairen Produkten“ im Supermarkt für breitere Käuferschichten.



Ihr Engagement für die sogenannte Dritte Welt bewiesen zahlreiche Zuhörerinnen und Zuhörer beim Besuch der Landtags-Anhörung zum Thema Entwicklungszusammenarbeit in NRW, wo ihnen der Ausschußdienst die schriftlichen Stellungnahmen vervielfältigt hatte. Fotos: Schälte

Verkehrsausschuß besuchte Nutzfahrzeug-Messe in Hannover

Ingenieurträume und Politikerwünsche

Das besondere Interesse des Ausschusses galt dem Linienbusbetrieb und Angeboten für kombinierte Verkehre. Beim rund zwei-stündigen Kurzbesuch an 15 Messeständen fiel der Blick zuerst auf einen Mini-Niederflurbus: Einstiegshöhe 32 Zentimeter, weniger als sieben Meter lang, 17 Sitz- und 9 Stehplätze. Die nächstgrößeren „Midibusse“ dieses Herstellers sind zwischen acht und neun Meter lang und haben bis zu 25 Sitz- und Stehplätze. Insgesamt war aber der Trend zum größeren, höheren Fahrzeug kaum zu übersehen. Der „Megaliner“, 15 Meter lang, für 130 Personen wird als „Königsklasse“ unter den Omnibussen von seinem Hersteller als Riesenexportchance angesehen. Auf die Frage des Ausschußvorsitzenden nach dessen Kurvenläufigkeit angesichts verkehrsberuhigter deutscher Innenstädte wies er auf drei Meter weniger Länge gegenüber dem Gelenkzug hin.

Über Preise wurde beim Rundgang nicht gesprochen. Diente der doch in erster Linie dem Einblick in den Markt der von Ingenieuren ausgetüftelten Möglichkeiten. Den Verkehrspolitikern ist aus ÖPNV-Diskussionen und von Förder-Richtlinien des Landes bekannt, daß eine Million Mark für den Kauf von drei modernen Linienbussen heute kaum noch ausreichen dürfte. Sie interessierten sich daher auch für Sparvorschläge der Hersteller, die allerdings weder zu Lasten der Umwelt noch der Wirtschaftlichkeit des Betriebs noch des Fahrkomforts gehen sollen. Der LKW sei heute das wichtigste Verkehrsmittel im Gütertransport, stellt der Verband der Autoindustrie fest und rechnet, deutlich niedriger als nach dem Bundesverkehrswegeplan, mit jährlichen Zuwächsen von 1,5 Prozent im Straßengüterverkehr bis zum Jahr 2010. Ein Großteil des Zuwachses durch die Öffnung Osteuropas habe schon stattgefunden. Für den europäischen Absatz wird vor allem auf Umweltschutz und Fahrkomfort gesetzt. Immer schadstoffärmer und geräuschloser sollen die LKWs und Omnibusse werden. „Zwölf moderne Neufahrzeuge sind heute nicht lauter als ein einziger LKW im Jahre 1974“ und: „Ein 38-Tonnen-Lastzug verbraucht 30 Prozent weniger Kraftstoff als damals“.

Im Rahmen der Omnibusschau meinte der Juniorchef des zweitgrößten deutschen Herstellers, der neue Magnet-Motor sei eine Chance für NRW, wenn der Gesetzgeber die umweltschonende Technik unterstütze. Er könne für Wasserstoff-, für Gasbetrieb oder für Oberleitungselektrizität weiterentwickelt werden. Bei gleicher Leistung und besseren Wirkungsgraden sei er wesentlich kleiner als der herkömmliche Elektromotor.

Beim dieselelektrischen Antrieb betreibt der Motor einen Generator, der seinerseits Radnaben-Elektromotoren mit Energie versorgt. Für zukunftsweisend wird auch die Weiterentwicklung des Hybridantriebs gehalten.

Der Ausschuß und der Minister interessierten sich auch für Angebote als Veranstalter des öffentlichen Nahverkehrs. Da gab es leistungsverstärkte Fahrausweis-Automaten, „vandalismussicher“ für den mobilen Betrieb im Fahrzeug installiert, mit Banknotenverarbeitung, ein Betriebsleitsystem, mit dem abgerechnet, ausgewertet und mittels „Datenpflege“ Linien optimiert, Fahrpläne bedarfs-

Der Verkehrsausschuß nahm unter Leitung seines Vorsitzenden Hans Jaax (SPD) am 5. September die Gelegenheit wahr, sich bei der Nutzfahrzeug-Messe in Hannover über neue Entwicklungen im Fahrzeugbau und beim Transportmanagement zu informieren. Das Besuchsprogramm, an dem auch Verkehrsminister Franz-Josef Kniola teilnahm, war auf Landes- und kommunale Interessen im Rahmen der Verkehrsplanung und -politik abgestimmt. Hin- und Rückfahrt erfolgten auf Einladung der Deutschen Bahn AG.

gerecht gestaltet und Einsätze geplant werden können.

Ein ostdeutscher Hersteller aus Mecklenburg beeindruckte durch einfallsreiche Angebote, das einzige Unternehmen, das Gefäße für Schiene, Straße und See herstelle. „Wechselkoffer“ für Trockenfracht oder für Transporte empfindlicher und „temperaturgeführter“ Güter, für Möbel, Textilien, Umschlag ohne die Nachteile des Containers: ohne Eckbeschläge, mit Toplift für 30 Prozent mehr Volumen, was Umschlagzeit und -geschwindigkeit einspare. Nach großen Schwierigkeiten befindet sich dieses Werk jetzt auf dem aufsteigenden Ast.

tenmanagement“ und die „fahrzeugautonome Navigation“ sind bereits Landkarten und 200 Stadtpläne digitalisiert. Bakentechnik und Mobilfunk sollen europaweit eingeführt werden.

Den Experten kommunaler Betriebe wurden Hochenergiebatterien für Elektro-Transporter vorgeführt, die trotz höherer Kosten und geringerer Leistung an Einsatzorten breite Anwendung finden sollen, an denen abgasfreies und geräuscharmes Fahren Vorrang hat. Besondere Neugier der Düsseldorfer Verkehrspolitikern erregte auch der schadstoffärmere Erdgasantrieb bei Bussen. Durch Verdichten dauere das Tanken nicht



Fahrgastinformation im schaffnerlosen Einmannbetrieb probte Minister Kniola am Bordcomputer auf dem Fahrersitz, v.l. Manfred Hemmer (verkehrspolitischer Sprecher der SPD), Firmensprecher, Hans Jaax (SPD, Ausschußvorsitzender), Marianne Thomann-Stahl (F.D.P., stellvertretende Ausschußvorsitzende), Franz-Josef Kniola (SPD, NRW-Verkehrsminister), Günter Weber (SPD).

Foto: Eberhard Franke

Bei der Bahn wurde ein Spezial-Flachwagen mit PKW-Transportpaletten für Altfahrzeuge vorgeführt. Die Recyclingströme sollen gebündelt und zum Zerleger gebracht werden, der sich am Rande eines Güterverkehrszentrums ansiedeln könne. Spezielle Saugfliese nehmen abtropfende Schadstoffe auf. Ein Betriebsversuch im Sommer 1994 sei technisch hervorragend verlaufen, der Betrieb werde sich rechnen. Bei einem Altfahrzeug-Aufkommen von 10 Prozent könnten 7000 LKW-Fahrten pro Jahr eingespart werden. Ein „interaktives dynamisches Verkehrsmanagement“ wurde Ausschuß und Minister am Führerstand eines Sammeltaxis erklärt. Von Streckenrechnern automatisch erfaßte Nachrichten werden verarbeitet und Fahrtrouten auf Anfrage im Klartext angesagt. Der nächste Schritt ist die perfekte „Zweiwegkommunikation“ mit sogenannten „Baken“ und Sender-Empfänger-Einheiten auch im bewegten Fahrzeug. Für das „Flot-

länger als Benzin oder Diesel. Mit fünf Flaschen betrage die Reichweite 300 Kilometer. Füllanlagen können entlang der öffentlichen Gasversorgung überall, auch privat, eingerichtet werden. Für den sicheren Betrieb garantiere der TÜV. Die Akzeptanz könne durch steuerliche Anreize verbessert werden.

Beim größten deutschen Hersteller, der soeben ein traditionsreiches süddeutsches Omnibuswerk „geschluckt“ hat, wurde den Ausschußmitgliedern endlich Hilfsmittel gereicht, mit denen alle Standinformationen zumindest akustisch verstanden werden konnten. Am Vorläufer eines Prototyps wurde der Elektromotor der Zukunft erläutert: mit Wasserstoff-Gewinnung aus nachwachsenden Rohstoffen.

Ein Besuch bei zwei NRW-Stahlkonzernen, die sich als Zulieferer präsentierten, beim Verband der Automobilindustrie und bei der

(weiter nächste Seite)

Bericht zur Verwaltungsstrukturreform

Bürgerwünsche an öffentlichen Dienst nicht nur auf „politischer Schiene“

Im Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform stellte Vorsitzender Ulrich Schmidt (SPD) am 31. August den Bericht der Projektgruppe (Vorlage 11/3149) vor und bat den Sprecher der Projektgruppe Professor Klaus Dreyhaupt um zusätzliche Erläuterungen. Nach der Beratung der Vorschläge sollen die Fraktionen über das weitere Vorgehen entscheiden.

Prof. Dr. Dreyhaupt erläuterte, es sei für die Projektgruppe sichtbar geworden, daß durch die vorgetragenen Reformgründe die aufgaben- und zielbestimmenden Instanzen, insbesondere die Volksvertretungen, zur Formulierung von Reformzielen im Rahmen einer Reformkonzeption veranlaßt würden. Die Aufgabenkritik führe zu einem neuen Zuschnitt der Reformziele. Der aktualisierte Aufgabenbestand werde dann durch eine reformierte Aufgaben- und Ablauforganisation erfüllt, und zwar nach bestimmten Grundprinzipien mit neuen Steuerungselementen und unter verbesserten Rahmenbedingungen. Es sei dabei erstrebenswert, das Ergebnis der Reform einer ständigen Kontrolle zu unterziehen, weil daraus wiederum Impulse für neue Reformziele oder Korrekturen hervorgingen.

Prof. Dreyhaupt nannte im Kapitel „Aufgaben- und zielbestimmende Instanzen“ unter dem Oberbegriff „Marktprinzip“, dem eine entscheidende Bedeutung neben dem Demokratieprinzip zukäme, die Stichworte „Kundenorientierung“, „Bürgernähe“, „Mitarbeiterorientierung“ und „Kooperationsorientierung“. Die Bürgerinnen und Bürger wollten ihre Wünsche und Anregungen nicht alleine auf der politischen Schiene in die Schaltstellen der Verwaltung transportiert sehen. Diese müßten vielmehr auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiterge-

leitet werden, mit denen in den unterschiedlichsten Dienststellen Gespräche geführt werden. Es werde deshalb vorgeschlagen, Pilotbereiche einzurichten, in denen entsprechende Erfahrungen gesammelt werden könnten. Dies gehe aber nicht ohne Mitarbeiterbeteiligung, also auch hier wären zuvor Maßnahmen zur Organisations- und Personalentwicklung zu treffen.

Während Johannes Pflug (SPD) dort Schwierigkeiten sieht, wo die Kunden „auf staatlicher Ebene“ auftreten, ging Dr. Achim Rohde (F.D.P.) auf die unterschiedlichen Kriterien einer Kundenorientierung (Eingriffs-/ Dienstleistungsverwaltung/kooperative Institutionen) ein und forderte eine differenzierte Betrachtung, die solche Unterschiede nicht vernachlässigt.

Auch Dr. Katrin Grüber (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sah viele Möglichkeiten der Kundenorientierung, sie warnte jedoch vor der Annahme einer Vorbildfunktion von Industrie und Wirtschaft. Kundenorientierung, so Heinz Paus (CDU), sei eine wichtige Zielbestimmung. Sicherlich wären die Leitbildfunktionen der Industrie einerseits und der Verwaltung andererseits sehr unterschiedlich, dennoch gebe es für die Leistungssteigerung in der Verwaltung übertragbare Modelle.

Unter den vielfach genannten Reformgründen, unter anderem Finanz-, Akzeptanz-,

Funktions- und Personal Krisen, hob Prof. Dr. Dreyhaupt die Finanzkrise und die Verbesserung der Standortqualität des Landes hervor. Die Finanzkrise weise auf kurzfristige Lösungen hin, hier würden derzeit Vorarbeiten durch den von der Landesregierung eingesetzten Arbeitsstab „Aufgabenkritik“ geleistet. In den an den Ausschuß herangetragenen Äußerungen stehe jedoch der Wunsch nach einer Verbesserung der Lebensqualität und des Standorts Nordrhein-Westfalen im Vordergrund. Dies könne nur das Ziel einer Gesamtreform und damit Ergebnis einer längerfristigen Reformarbeit sein. Hierzu schlage die Projektgruppe alternative Vorgehensweisen vor.

Während die Projektgruppe unter anderem eine umfassende Aufgabenkritik für den richtigen Weg hielt, befürwortete Johannes Pflug das stufenweise Vorgehen, also die sukzessive Aufgabenkritik hinsichtlich Inhalt und Behörden. Die von ihm und ebenfalls von Dr. Katrin Grüber kritisierten partiellen Reformschritte der Exekutive sollten, so Prof. Dr. Dreyhaupt, einer Gesamtreform nicht im Wege stehen. Es sei zwar sinnvoll, den Standardabbau voranzutreiben, andererseits sei bei Veränderungen in der Aufbauorganisation Zurückhaltung geboten. Mit einer weiteren Kommunalisierung von Aufgaben müsse jedoch die gleichzeitige und adäquate Finanzausstattung der Gemeinden einhergehen.

In den Mittelpunkt des Abschnitts „Aufgabenerfüllung“ stellte Prof. Dr. Dreyhaupt dann den Begriff der Wirtschaftlichkeit, der mehr umfasse als nur Gewinnstreben, wobei jedoch die gewollten Ziele möglichst kostengünstig erreicht werden sollten. Verwaltungsmäßige Voraussetzungen, die das Verwaltungshandeln und damit die Wirtschaftlichkeit fördern, seien bisher nicht hinreichend gegeben.

Im Kapitel „Aufbauorganisation“ als Instrument der Aufgabenerfüllung ging der Redner auch auf das von der Projektgruppe selbst entwickelte Alternativmodell „Konzern Land“ ein. Während der Sprecher der CDU-Fraktion diesem Modell eine Absage erteilte, mahnte Dr. Katrin Grüber zur Vorsicht beim Umgang mit dem Begriff „Konzern“, um den Eindruck zu vermeiden, dieses Wirtschaftsmodell habe sehr viele positive Eigenschaften, die übertragbar wären. Am Ende der Debatte schlug Johannes Pflug noch einmal vor, in verschiedenen Bereichen Pilotprojekte einzurichten. Er gehe davon aus, daß diese eine gewisse Eigendynamik entwickelten.

Der Ausschuß verständigte sich darauf, die Projektgruppe zunächst — als Vorstufe einer Aufgabengrobanalyse — damit zu beauftragen, zusammenzustellen, welche Aufgabenbündel von welchen Behörden im Lande Nordrhein-Westfalen erledigt werden.

Frauenausschuß begrüßt behutsames Vorgehen

Keine Lehrerlaubnis für Theologin

Im Ausschuß für Frauenpolitik ging es in der von Marie-Luise Morawietz (SPD) geleiteten Sitzung am 26. August (Bericht in der vorigen Ausgabe) zunächst in einer von der SPD beantragten Aktuellen Viertelstunde um die „Verweigerung der Lehrerlaubnis für die Theologin Teresa Berger durch den Vatikan“.

Die Ministerin für Wissenschaft und Forschung, Anke Brunn (SPD), erläuterte das bei Berufungen an theologische Lehrstühle vorgesehene Verfahren: Auf der Grundlage des sog. Preußen-Konkordates sei das Wissenschaftsministerium gehalten, vor einer Berufung den zuständigen Bischof um seine Zustimmung, das „Nihil obstat“ zu bitten. Die Frage, inwieweit der Vatikan beteiligt werde, hänge vom innerkirchlichen Verfahren ab. Werde die Zustimmung von kirchlicher Seite verweigert, sei es in der Regel üblich, daß dem oder der Betroffenen gegenüber die Einwände spezifiziert würden und sie Gelegenheit zur Meinungsäußerung erhielten. Es stehe dem Staat nicht zu, über die Dogmen der Kirche zu urteilen, allerdings sei man der Auffassung, daß die Möglichkeit der Äußerung im Fall einer Verweigerung gerade auch im Hinblick auf den weiteren Lebensweg auf jeden Fall ermöglicht werden sollte. Der Ausschuß für Frauenpolitik teilte einver-

nehmlich diese Auffassung und begrüßte die engagierte, aber im Interesse der Betroffenen sehr behutsame Vorgehensweise der Ministerin. Der Ausschuß kam überein, sich zu gegebener Zeit erneut mit dem Thema auseinanderzusetzen.

★

Die Professorin Teresa Berger wurde im Januar von Wissenschaftsministerin Anke Brunn auf den Lehrstuhl für Liturgie der Universität Bochum berufen. Jedoch wurde ihr das „Nihil obstat“ bisher nicht erteilt. Sie hat zweimal mit „magna cum laude“ promoviert, zum katholischen und zum evangelischen Doktor der Theologie. In Nottingham erwarb sie außerdem mit Auszeichnung das anglikanische Lizentiat für Theologie. In Münster wurde sie habilitiert. Laut Bericht einer Kölner Zeitung wurde ihr bereits vor drei Jahren eine frühere Berufung verweigert. Angeblich engagiert sie sich nach Meinung einiger Kirchenkreise zu stark in Frauenfragen.

Ingenieurträume...

Fortsetzung von Seite 15

Messeleitung rundeten das Programm ab, bei dem die Verbindungswege zwischen den Hallen eine Ahnung davon vermittelten, was sonst noch alles zu sehen gewesen wäre. Am Rande wurden neue politische Sprachkenntnisse ausgetauscht: „Kanzler“ auf chinesisches: „Schah Ping“. Für wenig passend wurde die Frage aus der Ausschußumgebung nach Radwegen für die Weltausstellung Expo 2000 gehalten, die von einem Vorstandsmitglied der Hannover-Messe vorgestellt worden war.

Leser schreiben...*

Lernmittel

(„Landtag intern“ Nr. 13/1994, Debatte über einen F.D.P.-Gesetzentwurf zur Änderung des Lernmittelfreiheitsgesetzes)

Sie berichten am 23. August 1994 über Probleme, die Eltern und Kommunen mit den Lernmittelkosten haben. Die Abgeordneten und der Minister gehen aber nicht auf die Schulen ein, die die meisten Probleme damit haben.

Seit Jahren reichen die Mittel nicht mehr zur Beschaffung der notwendigen Bücher aus. Die Verlage erhöhen die Preise jährlich mit dem Segen des Ministers um 4 bis 5 Prozent oder mehr, ohne daß die uns zur Verfügung stehenden Beträge steigen. Im Gegenteil, die Kommunen verfügen nach gültigen Verordnungen für erhöhte Ausleihe vielfach noch Abschläge von 10 bis 30 Prozent.

Unsere Schulkonferenz hat dieses Jahr eine Buchliste in Höhe von insgesamt 1665 Mark beschlossen. Eltern sollen in der Sekundarstufe I Bücher im Wert von 230 Mark kaufen. Der Schulträger steuert ohne Abschlag 460 Mark bei. Mit diesem Betrag sind Bücher an die Schüler auszugeben, die einen Neuwert von 1435 Mark haben.

Jedes Buch muß daher — auch wegen nicht vermeidbaren „Schwundes“ — durchschnittlich viermal ausgegeben werden. Bei Büchern für zwei Jahrgänge bedeutet das eine Gesamtlaufzeit von acht Jahren, bei Drei- oder Vierjahresbänden entsprechend länger.

Das funktioniert auf Dauer nicht. Es ist aber ganz ausgeschlossen, die bei der Einführung neuer Richtlinien und Lehrpläne nötigen neuen Bücher damit zu beschaffen.

Unser Schulträger vertraut nach einem entsprechenden Hinweis darauf, daß der Gesetzgeber mit den neuen Lehrplänen auch die finanziellen Voraussetzungen dafür schafft. Darauf warten wir nun.

(* Leserbriefe müssen nicht in jedem Fall mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen. Auswahl und Kürzungen bleiben vorbehalten)

Streit um die Gesamtausgabe Heinrich Bölls

Erben zweifeln an der Edition Hochschule beansprucht Zeit

Die Landesregierung will die Weiterführung der Arbeiten an der Gesamtausgabe der Werke des Literaturnobelpreisträgers Heinrich Böll auch weiterhin unterstützen. Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) bekräftigt in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten Hans Kern, die Regierung werde alle erforderlichen Anstrengungen unternehmen, um die Heinrich-Böll-Forschungsstelle zusammen mit der Universität-Gesamthochschule Wuppertal so auszustatten, daß diese Arbeit in absehbarer Zeit geleistet werden könne. Die Bemühungen ihres Ministeriums zur Vermittlung zwischen der Erbegemeinschaft und der Forschungsstelle würden auch weiterhin fortgesetzt. Ein erstes Gespräch habe bereits stattgefunden. Ein weiterer Termin sei geplant.

Hans Kern hatte in seiner Anfrage auf einen Artikel im Kölner Stadtanzeiger verwiesen, in dem über den Streit zwischen den Erben Heinrich Bölls und der Forschungsstelle berichtet worden war. Danach „wissen wir (die Erben) nicht mehr, was in der Wuppertaler Forschungsstelle eigentlich getan wird und warum es nicht vorangeht. Es gibt offenbar keine Zielvorstellung. Wir kennen die Editionsprinzipien nicht, nach denen gearbeitet wird, und Berichte über die Arbeit erhalten wir seit zwei Jahren nicht mehr“. Laut Kern beklagt Bölls Neffe Viktor Böll, Leiter des Kölner Böll-Archivs, daß der Leiter der Wuppertaler Forschungsstelle den Zugriff auf Daten verweigere. Inzwischen würden Zweifel laut, ob in den letzten Jahren an dieser Forschungsstelle überhaupt noch am Werk Heinrich Bölls gearbeitet worden sei.

Die Wissenschaftsministerin antwortet darauf, wesentliche Gründe der Meinungsverschiedenheiten über die Weiterführung der Böll-Gesamtausgabe seien der Editionsplan sowie die Weitergabe von Daten an die Erbegemeinschaft. Während die Erbegemeinschaft einen detaillierten Editionsplan fordere und auf einen absehbaren Abschluß der Arbeiten dringe, mache die Böll-Forschungsstelle der Hochschule darauf aufmerksam, daß die Erbegemeinschaft zunächst selbst ihre Vorstellungen über die Herausgabe der Böll-Gesamtausgabe präzisieren müsse. Auch lasse der große Umfang von über 900 Werken Heinrich Bölls

einen kurzfristigen Abschluß der Arbeiten nicht zu. Des weiteren verlange die Hochschule, daß Forschungsergebnisse und die dabei anfallenden Daten nicht gegen ihren Willen veröffentlicht würden. Die Erbegemeinschaft möchte jedoch bei der Neuausgabe von Werken Heinrich Bölls sowie zur Veröffentlichung bislang nicht veröffentlichter Arbeiten entsprechende Daten nutzen.

Als Zwischenergebnis der Forschungen wertet Frau Brunn, daß nach Angaben der Hochschule u. a. die Korrespondenz des Autors computermäßig ausgewertet und erfaßt werde. Hierbei seien bislang über 5000 Briefe aus den Jahren 1946 bis 1959 in den Dateien mit ihren wesentlichen Inhalten stichwortartig vermerkt worden. Es seien auch Transkriptionen von ungedruckten Werken aus dem Nachlaß erfolgt.

Die Wissenschaftsministerin erinnert abschließend daran, für die Heinrich-Böll-Gesamtausgabe habe die Wuppertaler Hochschule eine C-3-Professur und eine Mitarbeiterstelle erhalten. Rund 200000 Mark seien an Sachmitteln bereitgestellt worden. Die gesamte finanzielle Förderung der Forschungsstelle durch das Land betrage bislang über 1,2 Millionen Mark. Es sei davon auszugehen, daß zukünftig für die Forschungsstelle nur noch Personalkosten anfallen würden, die gegenwärtig einen Umfang von nahezu 200000 Mark pro Jahr hätten (Drs. 11/7678).



Chinesische Spitzensportler haben im Foyer des Landtags für einen Sport geworben, der in der Bundesrepublik noch weitgehend unbekannt ist: Federfußball. Dieser Sport ist in der Volksrepublik China mindestens so populär wie das Spiel mit dem runden Ball in unseren Breiten. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (im rechten Bild rechts) begrüßte die chinesischen Sportler. Geleitet wurde die Delegation von der Generalsekretärin des Chinesischen Federfußball-Verbandes, Frau Yin Jiazhen. In NRW gibt es bereits einige hundert Federfußballer. Sie wurden bei der Werbeaktion in Düsseldorf durch die Hauptgeschäftsführerin des FFC Hagen, Barbara Figge, und den Präsidenten des Federballclubs Hagen, Peter von Rüden, vertreten. Der Besuch der Chinesinnen und Chinesen im Landtag kam auf Vermittlung des Sportpolitikers und SPD-Abgeordneten Uwe Herder (im linken Bild vorne) zustande, der sich auch einmal in der Kunst des fernöstlichen Spiels versuchte. Fotos: Schälte

SPD-Fraktion

Neid über den Erfolg macht die Opposition blind

Die Opposition mißbraucht nach Ansicht des SPD-Fraktionsvorsitzenden Professor Dr. Friedhelm Farthmann die Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse des Landtages „nach wie vor für ihre miesen Verleumdungskampagnen“. Es sei geradezu erbärmlich, wie CDU und FDP in Sachen EFMT den zurückgetretenen Minister Heinemann zu beschmutzen versuchten. Heinemann sei nicht „folgerichtig und zwangsläufig“ vom Ministeramt zurückgetreten, wie die Opposition behaupte, sondern er habe sich in honoriger Weise vor seine damaligen Mitarbeiter gestellt, um sie vor einer rein

parteipolemisch agierenden Opposition zu schützen.

Die teilweise hanebüchene Vorwürfe gegen Hermann Heinemann seien allesamt wie Seifenblasen zerplatzt, stellt Friedhelm Farthmann fest. An die wahrheitswidrigen Behauptungen, Hermann Heinemann habe mit dem EFMT seine „Leibärzte“ bedienen wollen oder er sei mit dem Vater eines dort führenden Arztes gemeinsam zur Schule gegangen, könne sich im Landtag jedermann noch genauso gut erinnern wie an den Versuch, in Hermann Heinemanns Privatsphäre herumzuspionieren. Auch die angeblich belastenden Aussagen eines Ministeriums-Mitarbeiters seien in sich zusammengebrochen. Farthmann: „Daß die Opposition das alles nicht zur Kenntnis nimmt und weiter persönliche Verunglimpfung betreibt, ist nur noch peinlich.“

Offenbar mache der Neid über den großen

Erfolg des Zukunftsprojektes EFMT in Bochum die Opposition blind bei ihrer Polemik gegen die Landesregierung. Hermann Heinemann habe mit der Förderung durch Landesmittel diesen Erfolg möglich gemacht. Trotz verschiedener Bedenken habe er sich hinter das Projekt gestellt. Mittlerweile hätten sich neue High-tech-Firmen wegen des EFMT in der Region angesiedelt. Im EFMT stehe heute ein ultraschneller Kernspintomograph. Ein Gerät, das es außer in Bochum nur noch in der Harvard Medical School in Boston gebe.

Während die Opposition mit dem Erfolg des Landes offenbar nicht mehr fertig werde, gehe der Strukturwandel im Lande unaufhaltsam weiter, so Friedhelm Farthmann: „Beim EFMT in Bochum mit Medizintechnik, die Weltspitze ist.“ Die SPD-Landtagsfraktion sei Hermann Heinemann dankbar dafür, daß er den Grundstein zu diesem herausragenden Erfolg gelegt habe.

CDU-Fraktion

Definitive Verabredung hat es nicht gegeben

„Nach der jetzigen Beweislage steht für mich fest, daß es eine definitive Verabredung der Umweltminister in Sachen Müll-Entsorgungsnotstand nicht gegeben hat“, kommentierte der CDU-Obmann im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß I („Fitz-Ausschuß“), Hartmut Schauerte, die Zeugenaussagen des Hamburger Umweltsenators Fritz Varenholt (SPD) und des früheren hessischen Umweltministers, Karl-Heinz Weimar (CDU), die sich an eine solche definitive Vereinbarung nicht erinnern konnten.

„Damit dürfte feststehen, daß die von Umweltminister Matthiesen nach mehreren vergeblichen Erklärungsversuchen nachgeschobene Begründung für seine fünf Millionen Mark teure Werbekampagne im Landtagswahlkampf nichts anderes war als der verzweifelte Griff nach der Notbremse.“ Bestätigt werde diese Einschätzung nach den Worten des CDU-Politikers „durch das Protokoll einer Sitzung des Umweltschutzausschusses vom 31. Januar 1990, in dem sich Umweltminister Matthiesen gegen die Versuche anderer Bundesländer verwehrte, ihren Abfall nach Nordrhein-Westfalen zu bringen“. Schauerte wörtlich: „Es wird jetzt Zeit, daß Matthiesen das immer dichter werdende Netz von unhaltbaren Ausreden, in das er sich verstrickt hat, durchtrennt und endlich die Wahrheit sagt.“

★

CDU erwartet Entschuldigung von Bednarz

„Als einen „Gipfel der Unverfrorenheit“ hat die stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Ruth Hieronymi, die Weigerung von „Monitor“-Leiter Bednarz bezeichnet, sich für den Sendebeitrag im WDR über angebliche Manipulationen bei der Ziehung der Lottozahlen zu entschuldigen.“

Was da unter dem (nachträglich von ihm so bezeichneten) Begriff Glosse auf dem Bildschirm zu sehen gewesen sei, sei ein unverantwortlicher Umgang mit einem Massenmedium, so Frau Hieronymi.

„Hier appellierte der arrogante Intellektuelle Bednarz bewußt an die Emotionen der Zuschauer und nahm dabei Überreaktionen, wie sie dann ja auch erfolgt sind, in Kauf.“

F.D.P.-Fraktion

SPD weicht Debatte über Gesamtschule aus

Mit ihrer absoluten Mehrheit hat die SPD-Landtagsfraktion bisher verhindert, daß im Düsseldorfer Landtag das Scheitern der Gesamtschule diskutiert wird. Die F.D.P. hatte eine Aktuelle Stunde zu dem Thema „Nach dem Scheitern der Gesamtschule – Bildungsgipfel dringend erforderlich“ für den 9. September 1994 beantragt. Dies wurde aber mit der SPD-Landtagsmehrheit abgelehnt.

Der 25jährige Jubiläum der Gesamtschule ist wahrlich kein Grund zum Feiern. Deshalb hat die F.D.P.-Landtagsfraktion durchaus Verständnis, daß die SPD das Thema meiden möchte. Dennoch ist der Landtag gefordert, Resümee zu ziehen und schonungslos die Vor- und Nachteile dieser Schulform zu diskutieren.

Nach dem Scheitern der Gesamtschule hält die F.D.P.-Landtagsfraktion einen Bildungsgipfel dringend für erforderlich, in dem sich alle Parteien und die in der Bildung Verantwortung tragende Organisation sich darüber verständigen, wie die Ausbildung unserer Schüler in Nordrhein-Westfalen verbessert werden kann. Die F.D.P. hat dazu ein Modell vorgelegt, Stichwort: Duales Schulsystem. Andere haben ebenfalls diskussionswürdige

Vorschläge gemacht. Schlimm wäre nur, wenn die jetzige Mehrheit im Landtag in Agonie verharrt und zur Reform nicht bereit ist. Bunkermentalität ist im Bildungsbereich fehl am Platze.

Aber die SPD kann getröstet werden, die F.D.P. wird für die nächste Plenarsitzung mit einem Antrag zu diesem Thema die Gesamtschule auf die Tagesordnung des Landtages setzen. Da helfen auch keine Geschäftsordnungstricks mehr. In zwei Wochen muß die SPD Farbe bekennen.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

DIE GRÜNEN-Fraktion

Ein Wahlgeschenk der SPD

Rund 100 000 Haushalte in NRW sollen nach dem Willen der SPD-Landesregierung ab dem 1. Oktober 1994 ein Wahlgeschenk besonderer Art erhalten. Sie werden von der Fehlbelegungsabgabe im sozialen Wohnungsbau befreit – ohne Not, da sie diese Abgabe finanziell tragen können und sich über sie auch nicht beschwert haben.

Gisela Nacken, wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: „Rechtzeitig vor den Kommunalwahlen legt die Landesregierung mit der Änderung der Fehlbelegungsabgabe den SPD-Kommunalpolitikerin-

nen und -politikern ein Geschenk in den Schoß, mit dem sie auf Stimmenfang gehen können. Wohnungs- und sozialpolitisch ist diese Maßnahme jedenfalls nicht zu begründen.“

Hintergrund dieser für die betroffenen Haushalte sicherlich überraschenden Wohnkostensenkung ist das „Wohnungsbauförderungs-gesetz 1994“ auf Bundesebene. Der Bund räumt den Ländern bei der Umsetzung allerdings eine Übergangsfrist bis zum 1. Januar 1997 ein. Die im Gesetz auf massives Drängen gerade aus NRW eingeführte Anhebung der Einkommensgrenzen für den sozialen Wohnungsbau gilt auch für die Fehlsubventionsabgabe. Mehr Haushalte erhalten das Anrecht auf eine preiswerte Sozialwohnung. Da gleichzeitig nicht mehr Wohnungen geschaffen werden, wird sich der Verdrängungswettbewerb um Sozialwohnungen zu Lasten einkommensarmer Haushalte verschärfen. Verlieren werden die aus

Sicht der Wohnungswirtschaft „schwierigen Mieterhaushalte“ wie zum Beispiel kinderreiche Familien, alleinerziehende oder Ausländerinnen und Ausländer.

Gisela Nacken: „Offenbar taugt Johannes Raus Wort von der SPD als Schutzmacht der kleinen Leute nur für Sonntagsreden. Lieber bedient die SPD die besser Verdienenden unter den Sozialmieterinnen und Sozialmieter. Für die werden die Wohnungskosten gesenkt. Durch die Anhebung der Einkommensgrenzen wird den besser Verdienenden der Bezug von preiswerten Sozialwohnungen erleichtert. Ausgerechnet die SPD baut damit ohne Not eine in Form der Fehlbelegungsabgabe bestehende Solidarabgabe innerhalb des sozialen Wohnungsbaus ab. Dagegen hat sie die Mieten im sozialen Wohnungsbau in dieser Legislaturperiode Jahr für Jahr erhöht. Das kann ich nur als zynisch und unverantwortliche Klientelpolitik bezeichnen.“

FCL will Titel verteidigen

Das 10. Hallenfußball-Turnier der Landesressorts steigt am 17. September 1994 in der Sporthalle Graf-Recke-Straße in Düsseldorf. Ausrichter ist der Titelträger, der FC Landtag. Gespielt wird ab 10.00 Uhr in zwei Gruppen zu je vier Mannschaften. Die Auslosung ergab folgende Gruppeneinteilung:

■ Gruppe A: Innenministerium, Wirtschaftsministerium, Verkehrsministerium, FC Landtag

■ Gruppe B: Kultusministerium, Umwelt- und Frauenministerium, Bauministerium, Gesundheitsministerium.

Als Favorit wird das Innenministerium an der Fußballbörse gehandelt. Überraschungen, wie im letzten Jahr, sind jedoch nicht ausgeschlossen. Der FCL jedenfalls will, wie sich das für ein Parlament gehört, den Spielraum der Ressorts genauestens kontrollieren. Wie heißt es so schön in den Bundesliga-Stadien: Wir wünschen dem Turnier einen spannenden, doch fairen Verlauf.

Niederschmetternde Niederlage

Eine solche Niederlage hat der FCL schon lange nicht mehr einstecken müssen. Mit 2:15 wurde er zur 700-Jahr-Feier der Stadt Kempen von der schmucken Sportanlage in St. Hubert geschickt.

Gegen ein Team von der Klasse der Weisweiler-Elf mit so klangvollen Namen wie Kleff, Laumen, Zimmermann, Kulik, Danner, Klinkhammer, Bruns war der FCL zwar von vornherein ohne Siegchance, das niederschmetternde war auch nicht so sehr die Höhe der Niederlage, sondern die Art und Weise ihres Zustandekommens.

Der FCL bot eine schwache Leistung, spielte beinahe lustlos, jedenfalls ohne besonderes Engagement zum Widerstand. Vor allem der Zustand der Abwehr bereitete zur Zeit Sorgen, hier herrschte in Kempen die Ordnung eines Hühnerhaufens. Abgesehen von der starken Leistung in Wuppertal, wo sie ohne Gegentor blieb, kassierte die FCL-Hintermannschaft in den letzten drei Spielen 27 Treffer. Dabei mühten sich in Kempen vor allem Torhüter Hans-Joachim Kuhl und auf der linken Abwehrseite Debütant Winfried Schittges nach Kräften, die Packung durch die Gladbacher Stars in Grenzen zu halten.

Vergeblich, bei Halbzeit lag der FCL bereits mit 0:6 zurück. Die zweite Halbzeit brachte zunächst durch Tore von Stephan Thermer und Jürgen Cosse ein leichtes FCL-Strohfeuer, das aber sehr schnell von den Ex-Profis durch neun weitere Treffer erstickt wurde.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 884 23 03,
884 23 04 und 884 25 45, btx: *568 01#, FAX
884 30 22

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschöeltsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (GRÜNE), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludwig (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Werner Stürmann (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Trittsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche



Walter Neuhaus (CDU)

Viel schon ist über seine Bodenhaftung geschrieben worden, viel über seine Sachlichkeit und sein Ansehen auch bei politischen Kontrahenten: Walter Neuhaus, der CDU-Landtagsabgeordnete aus dem Märkischen Kreis, zählt zu jenen Parlamentariern, für die der hautnahe Kontakt zu den Bürgern weitaus wichtiger ist als der publik-trächtige Erfolg während Landtagsdebatten oder bei Festreden. Seiner Mentalität entsprechend und vom Elternhaus stark geprägt, wirkt der Sauerländer vor allem im Hintergrund — und dann um so wirkungsvoller.

Die Liste der gesellschafts- und parteipolitischen Tätigkeiten des heute 62jährigen Landwirts, geboren in der Gemeinde Schalksmühle, ist lang; sie alle aufzuzählen, würde diesen Porträt-Rahmen sprengen. Sie begannen bei der Landjugend und setzten sich fort in den verschiedensten berufsständischen Organisationen, den kommunalen Parlamenten und in der CDU, der er seit 1957 angehört. So wirkte Walter Neuhaus fast 15 Jahre im Rat seiner Heimatgemeinde Schalksmühle und ist seit 1964 auch Mitglied des Kreistages, der ihn bereits drei Jahre später zum stellvertretenden Landrat wählte. Viele Jahre lang war der Christdemokrat Mitglied des Bezirksvorstandes Sauer-/Siegerland und Vorsitzender der Agrarsprecher der CDU-Bundestags- und Landtagsfraktionen.

Bereits seit vier Legislaturperioden gehört der Sauerländer dem Düsseldorfer Landtag an, zunächst als Sprecher seiner Fraktion für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz, seit 1990 als Vorsitzender des gewichtigen Ausschusses für Haushaltskontrolle. Angesichts der hohen öffentlichen Verschuldung sieht der Christdemokrat eine zunehmende Bedeutung für dieses Parlamentsgremium. Der Bürger habe einen Anspruch darauf, daß mit den Steuergeldern so verantwortungsvoll umgegangen werde, als wäre es sein eigenes Geld.

Am Ende dieser Legislaturperiode im Mai 1995 will Walter Neuhaus aus dem Landtag ausscheiden. Zwei Gründe gab es für diesen Entschluß: Seine Partei hat ihn zum Spitzenkandidaten für das Amt des Landrates des Märkischen Kreises mit seinen 460 000 Einwohnern in 15 Städten und Gemeinden nominiert. Und außerdem möchte er seinen Sitz im Landesparlament für einen jüngeren Kollegen räumen. „Meinen Abgang wollte ich aber selbst bestimmen.“

Die Kandidatur für den Landrat bei den Kommunalwahlen geschieht „ohne Netz und doppelten Boden“, wie er mit Blick auf die in der Vergangenheit jeweils wechselnden Mehrheiten von CDU und SPD in dem zweitgrößten Landkreis in Nordrhein-

Westfalen mit seiner komplizierten Struktur von ländlichen Räumen und städtischen Ballungszonen betont. Doch der Realist gibt sich optimistisch, genießt er doch ein breites Ansehen in der Bevölkerung. Hart in der Sache, doch immer fair in der Auseinandersetzung. „Ich sehe den Politiker der anderen Partei als Konkurrenten, nicht aber als politischen Feind.“

So bedauert Walter Neuhaus auch den Wandel im Umgang zwischen den Parlamentariern. Immer mehr werde nicht das Miteinander, sondern würden die Gegensätzlichkeiten in den Vordergrund gestellt. Dieses Negativ-Klima sei nach seiner Einschätzung eine Folge des Generationswechsels. Nach dem Krieg, in der Aufbauphase der Bundesrepublik, seien die Politiker mit vielen existentiellen Problemen konfrontiert worden, deren Lösungen nicht Parteiprogramme oder behördliche Regelungen vorgegeben hätten. „Da mußte gehandelt werden.“ Die jüngeren Kollegen seien aber im Wohlstand groß geworden und glaubten, auf das Miteinander nicht angewiesen zu sein. Auch fehle bei vielen der „Erfahrungsschatz“ einer beruflichen Tätigkeit. Gleich nach dem Studium folge oft das Mandat.

Die Politik müsse den „Bürgern aufs Maul schauen“, betont Walter Neuhaus. Und so engagiert er sich auch in vielen Vereinen und Verbänden, „weil man dort direkten Kontakt mit den Menschen hat“; ob im Schützen- oder Turnverein, bei den Geflügelzüchtern, Jägern oder Reitern, sein Rat ist überall geschätzt. Für den Sauerländer ist sein Ausspruch, sich um die Probleme der Mitbürger zu kümmern, keine Worthülse, sondern eine tägliche Herausforderung.

Jochen Juretko

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstagsliste

vom 14. bis 27. September 1994

- 14. 9. **Karl Meulenbergh** (CDU), 51 J.
- 16. 9. **Albert Leifert** (CDU), 58 J.
- 17. 9. **Anke Brunn** (SPD), 52 J.
- 17. 9. **Siegfried Martsch** (GRÜNE), 41 J.
- 24. 9. **Heinz Hardt** (CDU), 58 J.
- 26. 9. **Winfried Schittges** (CDU), 48 J.
- 26. 9. **Eva Heidemann** (CDU), 61 J.
- 27. 9. **Manfred Braun** (SPD), 66 J.

★

Johannes Rau (SPD), nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, hat gemeinsam mit dem niederländischen Botschafter am vergangenen Sonntag die große Rembrandt-Ausstellung in Münster eröffnet. Unter dem Titel „Im Lichte Rembrandts — das alte Testament im Goldenen Zeitalter der niederländischen Kunst“ lenkt die Exposition im Westfälischen Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte mit 60 Gemälden und 80 Graphiken den Blick auf die Bildthemen jenes Teils der Bibel, der für Juden und Christen gemeinsame Glaubensquelle ist. Gezeigt werden Werke von Rembrandt sowie seines künstlerischen Umfeldes: seines Lehrers Pieter Lastman, seines Freundes Jan Lievens, seines Schülers Arent de Gelder. Die Ausstellung, die bis zum 20. November dauert, ist ein gemeinsames Projekt des Jüdisch-Historischen Museums Amsterdam, des Israel-Museums Jerusalem und des Landesmuseums. Sie wurde von niederländischen und deutschen Wissenschaftlern an der Universität Nijmegen erarbeitet. Die Leitung hatte Professor **Christian Tümpel**.

★

Heinz Szymczak, ehemaliger CDU-Landtagsabgeordneter, ist im Alter von 73 Jahren in Bonn gestorben. Szymczak, der aus Mülheim an der Ruhr stammte und in den 50er Jahren in das damals noch selbständige Bad Godesberg zog, gehörte von 1966 bis 1979 dem Landtag Nordrhein-Westfalen an, wo er sich vor allem als Vorsitzender des Petitionsausschusses einen Namen machte. Von Beruf war der Verstorbene Lehrer. Er leitete bis 1975 als Rektor eine Gemeinschafts-Hauptschule. Seit 1962 war er Dozent für Kommunalpolitik am Katholisch-Sozialen Institut der Erzdiözese Köln. Bereits seit 1950 gehörte der Pädagoge und Major a. D. der CDU an. Er war in Mülheim Kreisprecher der Jungen Union, später Mitglied der Kreisvorstände der CDU in Bad Godesberg und Bonn. Als Stadtverordneter hatte er den Räten in Mülheim und Bad Godesberg angehört, wo er den Vorsitz im Schul- und Kulturausschuß innehatte. Über den Landtag hinaus ist Heinz Szymczak durch seine „Schwanenspiegeleien“ bekannt geworden, eine Sammlung heiterer Episoden aus dem Landesparlament, die auch in gedruckter Form vorlagen.

★

Dr. Norbert Blüm, Landesvorsitzender der CDU und Bundesarbeitsminister, will auf dem Landesparteitag der Union am 14. und 15. Januar 1995 in Bonn erneut für den Landesvorsitz kandidieren. Das hat der Generalsekretär der nordrhein-westfälischen CDU und stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Landtag, **Herbert Reul**, angekündigt.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Eine Industrielandschaft verwandelt sich — beinahe — zur Idylle: Wie ein Wasserschloß spiegelt sich das ehemalige Verwaltungsgebäude der Thyssen-Gußstahlwerke, das für das Arbeitsgericht restauriert worden ist, im Wasser des neuangelegten Weihers des Rheinerbe-Wissenschaftsparks in Gelsenkirchen-Ückendorf. Am rechten Bildrand die 300 Meter lange Glasarkade des Boulevards, den einmal Bistros und Geschäfte sowie eine hausinterne Grüne Lunge beleben sollen — „Haute Couture für Technologiezentren“, wie es eine Schrift des Wissenschaftsparks formuliert. Ein paar hundert Meter weiter von dieser Nahtstelle zwischen Forschung, Fortbildung und Produktion zieht die Internationale Bauausstellung (IBA) Emscher Park in der Maschinenhalle der ehemaligen Zeche Rheinerbe in einer sehenswerten Ausstellung (bis zum 15. Dezember) Zwischenbilanz der vielfältigen Umgestaltung und Erneuerung einer Industrieregion, die lange Zeit im Schatten gestanden hat und ihren Namen von einem Fließchen bezog, der zum Abwasserkanal verkommen war. Die Ausstellung führt zusammen, was Bürgerinnen und Bürger an 36 Projektstandorten zwischen Kamen und Duisburg an Leistungen der IBA in Augenschein nehmen können. Foto: Kempkes